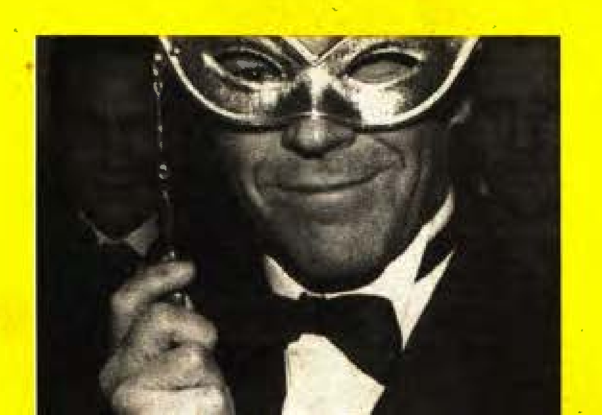


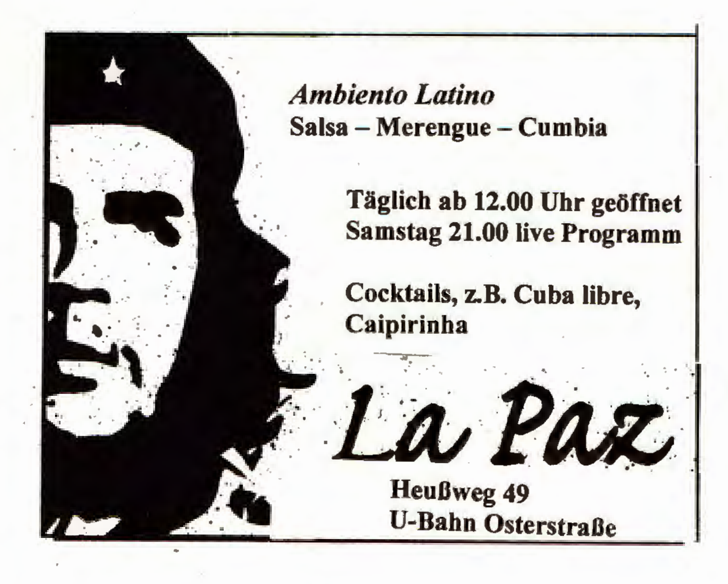
...und Haider kokst auch!



Inhaltigkeit

Impressum
V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag



Demonstration gegen den Abschiebeknast Hannover

Samstag 8.12.2001, 11 Uhr Flughafen (S-Bahnstation) Hannover Langenhagen
12 Uhr Kundgebung am Abschiebeknast
Anschließend Aktion am Flughafen

Critical mass

RadfahrerInnen treffen sich „zufällig" und haben den gleichen Weg. Gegen den Autowahn! Jeden letzten Freitag im Monat um 17 Uhr U-Bahnhof St. Pauli Ausgang Heiligengeistfeld.
Also 28.12.01 und 25.1.02
www.critical-mass-hamburg.purespace.de

Neuerscheinung: „vorwärts bis zum nieder mit" – 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen

Nach dem inzwischen vergriffenen ersten Plakatbuch „hoch die kampf dem" nun ein völlig neuer zweiter Band mit 26 Beiträgen, 815 im Buch abgedruckten Plakaten, 8300 auf beiliegender CD-ROM mit integrierter Suchmaschine. Eine vierfarbige Geschichtsrevue quer durch die „unkontrollierten Bewegungen" der letzten 30 Jahre. Ab 10. Dezember in Buch- und Infoläden. Auslieferung für den Buchhandel SOVA Frankfurt. 49.80 DM
Assoziation A, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Der „Fall Distomo"

Solidaritätsveranstaltung am Freitag, d.7.12.01 um 19 Uhr in der HWP, großer Hörsaal mit Ioannis Stamoulis (Athen), dem Rechtsanwalt der Überlebenden und Angehörigen des Distomo-Massakers.

Im Juni 1944 zerstörte eine SS-Einheit das griechische Dorf Distomo und ermordete 218 Bewohnerinnen und Bewohner. Die Hinterbliebenen der Opfer dieses Massakers kämpfen seit Jahren um ihre Entschädigung. Im Mai 2000 entschied der Aeropag, das höchste Gericht Griechenlands, in einem bahnbrechenden Urteil, dass die BRD zur Zahlung einer Entschädigungssumme von rund 55 Mio DM verpflichtet ist. Nachdem die Bundesregierung trotzdem die Zahlung verweigerte, ließ Rechtsanwalt Stamoulis im vergangenen Jahr u.a. das Goethe Institut in Athen beschlagnahmen. Bis heute lehnt die Bundesrepublik eine Entschädigung der griechischen NS-Opfer kategorisch ab.

RA Stamoulis vertritt 290 Klägerinnen und Kläger, die bei dem Massaker von Distomo ihre Angehörigen verloren. Er wird über den aktuellen Stand der juristischen und politischen Auseinandersetzung in der Entschädigungsfrage berichten. Wir möchten mit ihm aber auch über konkrete Möglichkeiten der politischen Solidarität mit den griechischen NS-Opfern und ihren Hinterbliebenen diskutieren, um eine umfassende materielle – und nicht nur symbolische – Entschädigung zu erreichen.

Veranstalter/innen „Arbeitskreis Distomo"

Nazis feiern „Heldengedenktag"

Wie auch letztes Jahr feierten die Neonazis der „Freien Kameradschaften" den „Volkstrauertag" als „Heldengedenktag" am Kriegsklotz am Stephansplatz. 80 potentielle „Helden" wurden mit der U-Bahn herangekarrt, hielten Reden (gemäß Auflagen ohne Lautsprecher oder Megaphone), warfen Kränze ab und waren nach 20 Minuten wieder verschwunden. Die Polizei schützte die Faschisten mit einem immensen Aufgebot. 250 AntifaschistInnen, kurzzeitig mobilisiert, trugen ihren Unmut auf die Straße.

Innenstadtaktionstag: Dem Weihnachtsmann das Sicherheitspaket zurückgeben.

Der Aktionstag soll am 22.12., dem letzten verkaufsoffenen Samstag, in der Hamburger Innenstadt stattfinden. Er richtet sich gegen den allgemeinen herrschenden Sicherheitswahnsinn (z.B. Schilys Sicherheitspakete) und die spezielle Hamburger Variante durch Schwarz-Schill, insbesondere die aktuellen Bestrebungen des Senats, die Innenstadt zu „säubern" von mißliebigen „Elementen". Angedacht sind eine Demo oder Kundgebung sowie vielfältige Innenstadt-Aktionen.
Achtet auf Ankündigungen!

Schill I

Weil Schill im Mai 1999 in einem Flora-Prozess zwei Zuschauer für drei Tage in Ordnungshaft nahm und die Beschwerde dagegen drei Tage lang nicht bearbeitet hat, hat er mit den Folgen bis heute zu tun. So aber auch einer der beiden damals Betroffenen. Weil innerhalb des Justizapparats es durchaus Fraktionen gibt, die Schill stützen woll(t)en, begann sich drei Wochen nach dem Prozess eine beim Prozess eingesetzte Wachmeisterin zu erinnern, dass sie sich nicht nur Blutergüsse im Prozessgetümmel zugezogen hatte, sondern sich plötzlich auch sehr sicher war, dass einer der in Ordnungshaft genommen auf jeden Fall der „Täter" sein müsse. Sie war sich ihrer Sache so sicher, dass nicht sie selbst, sondern ein Amtsrichterkollege Schills, der einschlägig bekannte Harm Beyer, den Bericht für die betroffene Wachmeisterin komplett schrieb. Die mochte sich daran jedoch erst wieder in der zweiten Instanz daran erinnern, nachdem sie bis dahin immer behauptet hatte, sie habe die Anzeige ganz allein geschrieben. Überflüssig zu erwähnen, dass ausser der Betroffenen niemand vor Gericht die angeblichen Tritte bestätigen konnte: nicht die anwesenden Journalisten, nicht die Staatsanwältin, noch nicht mal der unmittelbar neben ihr stehende Kollege – und auch Schill erklärte in einer schriftlichen Stellungnahme, Tritte gegen die Wachmeisterin habe er nicht gesehen. Schill selbst hatte nämlich behauptet, der angeblich Treter sein auf Polizeibeamte wild schlagend losgegangen. Das wiederum überraschte die blutergossene Wachmeisterin, die das nicht bestätigen konnte und sich da mit allen anderen Zeugen des Verhandlungstage einig war. Nachdem Schill eine persönliche Zeugenaussage in dieser Angelegenheit mit dem sinnigen Hinweis auf § 55 STPO (Gefahr der Selbstbelastung) abgelehnt hatte, wurde am Ende der Angeklagte verurteilt: weil die Aussagen der Wachmeisterin nach Meinung des Landgerichts glaubwürdig und widerspruchsfrei seien.

Schill II

Am 14. Dezember wird sich der beruflich gescheiterte Amtsrichter erneut vor dem Hamburger Landgericht wegen Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung (s.o.) verantworten müssen. Im Oktober vergangenen Jahres hatte eine Landgerichtskammer wegen erwiesener Rechtsbeugung Schill zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen verurteilt. Im September diesen Jahres wurde nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) das ganze zur Neuverhandlung an ein anderes Hamburger Landgericht zurückverwiesen. Damit ist Schill der erste Innensenator, der sich während der Ausübung des Senatorenamts vor einem Gericht verantworten muss. Schill und seine Verteidung rechnen mit einem 100% Freispruch, den auch viele Beobachter für sehr wahrscheinlich halten. Allerdings hatte Schill schon im letzten Jahr prognostiziert, dass das Landgericht ihn auf jeden Fall freisprechen würde. Genauso sicher war sich Schill dann, dass der BGH der Revision zu seinen Gunsten stattgeben würde und er durch den BGH eine Aufhebung des Urteils ohne Neuverhandlung bekommen würde. Aber offensichtlich findet auch der BGH den Vorwurf der Rechtsbeugung alles andere als abwegig und hält es für möglich, dass Schill mit neuen Beweisen durchaus verurteilt werden könnte...Und so ist es längst nicht ausgemacht, ob Schill nicht doch als rechtskräftig verurteilter Verbrecher unterm Weihnachtsbaum wird feiern müssen.

Schill III

Apropro feiern: im Flora-Monatsflyer November 2001 wurde im Rahmen eines graphisch gestalteten Ensembles die Aussage „Schill kokst" auflagenstark Interessierten bekannt gemacht. Das wiederum hat die Hamburger Polizei auf den Plan gerufen, die der Meinung ist, so könne über ihren neuen obersten Dienstherren nicht geschrieben werden. Eine Anzeige wegen Verleumdung wurde daraufhin von Amts wegen gegen Unbekannt gestellt. Aber es kann ja nur verleumderisch sein, was nicht wahr ist. Und schon schütteln gut informierte Kreise mit dem Kopf und fragen sich, was da wohl noch auf den Verfechter von law and order zukommen wird. Z. B., wenn er im Dezember freigesprochen werden würde, weil man weiss, dass manchmal nach dem Prozess vor dem Prozess sein kann...

NoBorders! Aufruf zu Grenzaktionen und einem Kongress in Aachen

In Bewegung bleiben! Neue Gesetze, alte Grenzen?

13.- 15.Dez.: EU-Gipfel in Brüssel

11.- 14.Dez.: Direkte Aktionstage an der Aachener Grenze

Ausreiseverbote , Einreisesperren, Hooligangesetze, Meldeauflagen, Residenzpflicht.....

Spätestens seit Genua aber eigentlich schon seit Göteborg ist klar, daß die sogenannten Hooligangesetze jetzt auch auf Linke und insbesondere die sog. GlobalisierungsgegnerInnen angewendet werden. Das heißt, daß die bis zum Mauerfall viel gepriesene Reisefreiheit zwecks Aushebelung des Demonstrationsrechtes eingeschränkt wird. Leute wurden an den Grenzen aufgehalten oder mußten sich bereits in ihren Wohnorten während des Gipfels polizeilich melden. Sie durften die Stadt nicht verlassen. Flüchtlingsinitiativen führen seit einem Jahr eine Kampagne gegen die ihnen auferlegte Residenzpflicht, die ihnen verbietet, den Landkreis zu verlassen. Sie werden dadurch daran gehindert, sich in Deutschland frei zu bewegen und insbesondere sich politisch zu engagieren. Statt daß die Residenzpflicht abgeschafft wird, werden nun ähnliche Strukturen zumindest zeitlich begrenzt auf andere Personengruppen übertragen.

Die seit dem 11.9. mit der Antiterrorhetze einhergehenden Diskussionen um Abbau von Bürgerrechten, Ausbau der Rasterfahndung und der Vereinfachung des Datenabgleichs machen Widerstand gleichermaßen notwendiger wie schwieriger.

Wir schlagen vor, zu den Protesten zum EU Gipfel vom 13. -15. Dezember in Brüssel nicht klammheimlich über die grüne Grenze zu gehen. Wir plädieren für Aktionstage vom 11.-14.12 an der deutsch-belgischen Grenze in Aachen !

Wir wollen mit möglichst vielen Leuten über die Grenze gehen. Mit einem kollektiven Grenzübertritt und öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Blockaden und Demos wollen wir politischen und praktischen Druck erzeugen, so daß gerade auch Leute, die Probleme beim Grenzübertritt haben werden, die Grenze passieren können. Unser Interesse liegt aber auch daran, diese neue Repression öffentlich zu machen. Aus diesem Grund und auch, um das öffentliche Interesse an den Aktionstagen in Aachen zu erhöhen, wollen wir dort mit einem Diskussionsforum vor dem Gipfel beginnen.

Die Aktionstage

Freitag wollen mehrere hundert Leute mit einem Bus- und Autokonvoi die Grenze überqueren. Um den kollektiven Grenzübertritt durchzusetzen und auf das ganze aufmerksam zu machen, wollen wir schon ab Mittwoch begleitend zum Diskussionsforum Aktionen an der Grenze und in Aachen durchführen. Sollte der Grenzübertritt aufgrund der Repression nicht klappen, werden wir auf jeden Fall nicht nach Hause fahren, denn die EU ist mehr als Brüssel. Die Möglichkeit einer vorbeugenden Ingewahrsamnahme besteht natürlich immer. Wenngleich dies schon ein Hammer wäre und internationale Medien diese Republik stärker als alle anderen daran messen werden, wie sie mit der Reisefreiheit ihrer Bürger umgeht.

Infotelefon für Aktionstage und Kongreß 0241/5152476 und 0179/1896620
oder OPENUP, Rotes Büro, Charlottenstr.6, 52070 Aachen oder
außerdem sind Spenden dringend erwünscht: Rotes Büro Aachen,
Verwendungszweck Camp,
Sparkasse Aachen, Ktonr.: 20026175, BLZ 39050000

□

Protestveranstaltungen in Belgien:

13. Dezember:
Teilnahme an der Gewerkschaftsdemonstration in Brüssel, Treffpunkt 10.00 Uhr, Bockstaellaan in Laken, Ankunft Koning Boudewijnpark (Heysel)

14. Dezember: Internationale Demonstration von Brüssel nach Laken von „Klein Kasteeltje" nach „Het Grote Kasteel". Treffpunkt: 11.00 Uhr, Klein Kasteeltje, 9de linielaan, Brüssel Ankunft im Stuyvenberg-Park, Laken ca. 15.00 Uhr.

15. Dezember: Internationale Konferenz und Demonstration im Audimax der Universität (ULB-VUB) von 10.00 Uhr bis 12.30 Uhr. Die internationale Demonstration startet um 13.30 Uhr an der Universität (VUB-ULB). Ankunft: Schumanplein ca. 16.00 Uhr. Danach Teilnahme an Streetparty -Konzerten.

□

Göteborg: dringender Soli-Aufruf! Freiheit und Unterstützung für die Gefangenen in Göteborg !

Nach den Ereignissen in Genua ist die weitere Entwicklung in Göteborg ziemlich unbeachtet geblieben - viel zu wenig wurde darauf geachtet, was dort weiter passiert ist. Das war ein großer Fehler. Ohne großes Aufsehen sind dort skandalöseste Prozesse unter vielfachen Verstößen gegen sogenannte rechtsstaatliche Grundsätze abgelaufen. Die Folge ist, daß in Götheburg mittlerweile über 20 AktivistInnen aus diversen Ländern zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. So war z.B. für über 20 Verurteilungen ein und derselbe Zivil-Bulle einziger Belastungszeuge. Durchschnittlich wurden Haftstrafen von 1 bis 2 Jahren, meist wegen angeblichen „gewalttätigen Aufruhrs", ausgesprochen - es gibt aber auch mehrere Verurteilungen von ca 4 Jahren! Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte haben sich hier wahllos Sündenböcke für die Geschehnisse in Göteborg gesucht und versuchen so unser aller Widerstand zu brechen. Und die Verfahren gehen weiter - in Berufungsverfahren wurden und werden die Haftstrafen teilweise sogar noch erhöht. Erst im Oktober wurden erneut 17 schwedische AktivistInnen wegen der EU-Gipfel-Proteste festgenommen und es wurden weitere Verhaftungen in anderen europäischen Staaten, auch in Deutschland, angekündigt! Das dürfen wir nicht einfach so hinnehmen. Gemeint sind wir alle!

Unterstützt die Gefangenen in allen erdenklichen Formen. Leistet Widerstand und übt Solidarität!

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V., Kto-Nr. 718 9590 600; Berliner Bank;
Stichwort: Göteborg



Die Stadt Hamburg und das KZ Neuengamme

Eine Stellungnahme aus aktuellem Anlass

Die enge Verflechtung zwischen der Stadt Hamburg und dem KZ Neuengamme ist in der Geschichte der Konzentrationslager beispiellos. Schon die Gründung dieses nach dem Prinzip „Vernichtung durch Arbeit“ von der SS in den Hamburger Landgebieten 1938 eingerichteten Lagers geht auf die Initiative der Hansestadt zurück, die sich von dem Häftlingseinsatz den billigen Bezug von Klinkersteinen für die beabsichtigte Umgestaltung zur „Führerstadt“ versprach. Während des Krieges mussten viele Tausende KZ-Häftlinge in städtischem Auftrag Aufräumungsarbeiten leisten oder in Rüstungsbetrieben und auf den Hamburger Werften für die Kriegswirtschaft schuften. Auch für die Ereignisse bei der Auflösung des Lagers trägt die Stadt ein hohes Maß an Verantwortung. Für die aus berechtigter Sorge vor weiterer Zerstörung beabsichtigte kampflose Übergabe an die Briten wollte man die Stadt frei von „KZ-Elendsgestalten“ wissen. Die Folgen waren Todesmärsche und die vom Hamburger Gauleiter initiierte Verbringung der letzten 10.000 Neuengammer Häftlinge auf als „schwimmende Konzentrationslager“ dienende Schiffe (darunter das ehemalige Renommierschiff der Hamburg-Süd, die „Cap Arcona“). Das Kalkül ist aufgegangen: Britische Soldaten betraten am 5. Mai in Neuengamme ein menschenleeres Lager, das die dort begangenen Verbrechen weitgehend verbarg, während die Bilder, die u.a. zu Tode gemarterten Häftlinge des KZ Neuengamme zeigten, von Bergen-Belsen, Sandbostel und Wöbbelin aus in die Welt gingen und bis heute von den Schrecken der Konzentrationslager und der Shoah zeugen. Von Hamburg ging hingegen die – erst in den 80er Jahren vollends als Lüge entlarvte – Legende aus, in der sich weltoffen gebenden Hansestadt sei es während der Nazi-Zeit weitaus gemäßigter zugegangen als anderswo.

Dem Vergessen leistete auch die Nachkriegsnutzung des KZs zunächst als britisches Internierungslager, ab 1948 als Hamburger Gefängnis Vorschub. Erst auf Drängen der in der „Amicale Internationale“ zusammengeschlossenen Überlebenden wurden 1953 und 1965 – allerdings ausserhalb des eigentlichen Lagergeländes – Mahnmale errichtet, die 1981 um ein erstes Ausstellungsgebäude ergänzt wurden.

Nach langen und schmerzhaften Auseinandersetzungen beschloss der Hamburger Senat 1989 die Gefängnisverlagerung, damit die Würde des historischen Ortes, der einem großen Friedhof gleichkommt, nicht weiter durch die Nutzung für Vollzugszwecke überschattet bleibt. Hamburgs Bürgermeister Voscherau sprach angesichts der von einem sozialdemokratischen geführten Senat 1948 getroffenen Entscheidung von einem schweren Fehler und gestand „Unzumutbarkeit“ ein.

Anschließend waren über zehn Jahre notwendig, um mit dem Neubau einer Haftanstalt in Hamburg-Billwerder die Voraussetzung für die Verlagerung zu schaffen. Am Ende dieses schwierigen Entscheidungsprozesses zeigte sich über alle Parteigrenzen hinweg Einvernehmen: Am 5. September diesen Jahres beschloss die Hamburgische Bürgerschaft einstimmig, d.h. mit den Stimmen der CDU, die seit 1948 zu Haftzwecken genutzten KZ-Gebäude nach Fertigstellung des Gefängnisneubaus in die Gedenkstätte einzubeziehen und diese in drei Schritten mit Hilfe des Bundes in den Jahren 2002 bis 2006 zu einem „Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrum“ zu entwickeln. An dem Ort, an dem Menschen aus ganz Europa ihrer Freiheit und zehntausendfach ihres Lebens beraubt wurden, soll eine Dokumentationsstätte entstehen, die in der Auseinandersetzung mit den Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft einen Beitrag zur Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Identität leistet und das Bewußtsein um die elementare Bedeutung von Freiheit und rechtsstaatlicher Demokratie stärkt.

Nur einen Monat später droht diese Entscheidung und der 20jährige Diskussionsprozess Makulatur zu werden. Ich frage: Sind die drei Parteien, die in den Wahlen am 23. September die Mehrheit in der Bürgerschaft erreichten, wirklich willens, den in dieser – für Hamburgs historisches Selbstverständnis zentralen – Frage erreichten demokratischen Konsens aufzukündigen? Will Herr von Beust, der als Erster Bürgermeister die Verantwortung für die Stadt als Ganze trägt, tatsächlich zulassen, dass die noch vor wenigen Wochen von der von ihm geführten Fraktion in der Opposition einmütig eingenommene Position nun in der unter seiner Führung aus CDU, F.D.P. und der Schill-Partei gebildeten Regierung nichts mehr gilt? (Die Schill-Partei hatte den Verzicht auf die Schließung der Haftanstalt in Neuengamme in ihrem Wahlprogramm gefordert). Will der neue Erste Bürgermeister seine Partei, die Stadt Hamburg und unser ganzes Land damit der Gefahr aussetzen, dass dies als Signal in der Welt missverstanden werden könnte, in Deutschland sei man heute unter dem Eindruck neuer politischer Strömungen bereit, die erreichten hohen moralischen Standards im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit einer Revision zu unterziehen? Mit dieser Frage steht nicht nur die Reputation Hamburgs, sondern auch die Glaubwürdigkeit deutscher Vergangenheitspolitik auf dem Spiel. Wie kann in Berlin ein Mahnmal zur Erinnerung an den Judenmord in Europa entstehen, wenn in Hamburg weiterhin in KZ-Häftlingsunterkünften und auf dem Appellplatz, wo Menschen erschlagen, erhängt und auch vergast wurden, Strafvollzug praktiziert wird? Die neue Koalitionsregierung muss sich fragen lassen, ob Hamburg weitere 50 Jahre Nutzen aus dem einstigen KZ ziehen will. Dies ist keine Frage in diffamierender Absicht, sondern eine Frage von Anstand und Moral.

Die KZ-Gedänkstätte Neuengamme wird den ihr obliegenden Bildungsauftrag auch ohne Gefängnisverlagerung wahrnehmen. Sollten diejenigen, in dewren Händen die Verantwortung für die Stadt liegt, aber bei ihrer Absicht des Weiterbetriebes des Gefängnisses im ehemaligen KZ verbleiben – was ich immer noch nicht glauben kann -, so stehen sie in der Pflicht, den Wortbruch der Stadt den heute noch ca. 1.000 in Ost- und Westeuropa, in den USA und in Israel lebenden ehemaligen Häftlingen des KZ Neuengamme, den vielen Zehntausenden Angehörigen der 55.000 Opfer und der internationalen Öffentlichkeit zu erklären.

Dr. Detlef Garbe
Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme



„Vergessen, dass Neuengamme ein historisch sensibler Ort ist..."

Historische Amnesie, Verdrängungspolitik und Geschichtslosigkeit des neuen rechten Senats

Die CDU-Schill-FDP-Regierung war noch nicht einmal im Amt, da hat sie bereits ihren ersten handfesten Skandal produziert. Der noch im September durch die alte Bürgerschaft per Parlamentsbeschluss bekräftigte Willen, zumindest die bisher auf dem historischen Gelände des KZ-Neugamme befindliche Jugendstrafanstalt XII zu schließen und die Gedenkstätte zu erweitern, sollte gekippt werden. Der geplante Neubau in Billwerder sollte nunmehr die Kapazitäten erweitern, statt die durch die Schließung wegfallenden Haftplätze nur zu ersetzen. Unter dem Druck massiver, auch internationaler Proteste ist der Senat mittlerweile von seinen Plänen abgerückt.
Die Zeck-Redaktion sprach über diese Vorgänge mit Regina und Olaf, die beide zur Thematik von Erinnerungspolitik und Gedenken an die NS-Verbrechen arbeiten und die aktuellen Ereignisse um die Gedenkstätte in Neuengamme unmittelbar verfolgt haben.

Was ist nach 1945 in Neuengamme geschehen, wann hat die Stadt Hamburg Verfügung über das ehemalige KZ-Gelände erhalten?
Olaf (O): Zuerst einmal, es war immer ein städtisches Gelände, also auch zwischen 1939 bis 1945. Nach 1945 wurde es zunächst für zweieinhalb Jahre von der britischen Besatzungsmacht als Internierungslager genutzt, in dem Lager waren vor allem führende NS-Funktionäre inhaftiert, von denen einige in den "Curiohausprozessen" angeklagt und verurteilt wurden.

Seit wann gibt es die Knäste auf dem Gelände des ehemaligen KZ?
O: Die Entscheidung, auf dem Gelände eine Justizvollzugsanstalt zu errichten, fiel etwa 1947/48. Die Hintergründe dafür waren zum einen, eine Gedenkstätte zu verhindern, es sollte keine Erinnerung an das KZ geben. 1951 hat der damalige Bürgermeister Max Brauer diese Politik gerechtfertigt mit dem Wortlaut, das KZ Neuengamme "aus der lebendigen Erinnerung auszulöschen". Das ist das eine. Das zweite Motiv, und das nimmt sich fast genauso schlimm aus, bestand in der Absicht, durch einen modernen Strafvollzug genau an dieser Stelle an eine demokratische Tradition vor 1933 anknüpfen zu wollen und damit eine Art von "Wiedergutmachung" zu leisten.
Zuerst wurde in dem Bereich des eigentlichen Schutzhaftlagers und teilweise in Gebäuden, in denen die KZ-Häftlinge eingesperrt waren, die Justizvollzugsanstalt XII errichtet, der heute offene Strafvollzug, um deren Verlegung sich ja die aktuelle Auseinandersetzung dreht. 1970 wurde der zweite Gefängniskomplex auf dem ehemaligen KZ-Gelände errichtet, die geschlossene Haftanstalt IX, ein martialischer Gefängnisbau mit hohen Mauern und Stacheldraht, der heute zur Untersuchungshaft dient.

Wie ist denn konkret mit den Überlebenden des KZ umgegangen wurden durch die Hamburger Politik?
O:1951 wollten das erste Mal Überlebende aus Frankreich das Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme besuchen, um ihrer ermordeten Kameraden gedenken; allerdings war zu diesem Zeitpunkt der größte Teil des ehemaligen KZ-Geländes gar nicht zugänglich. Auf der Höhe des Mahnmals befand sich damals eine Schranke, der Zutritt war nicht möglich. Dazu kam die direkte Intervention Max Brauers, der ausdrücklich der Besuchergruppe untersagte, u.a. den Platz des ehemaligen Krematoriums zu besuchen. Er verteidigte dies mit dem Hinweis, "im Interesse der Völkerverständigung und des Friedens" solle nicht an alten Wunden gerührt werden. Damit hat er sich letztlich nicht durchsetzten können, nachdem sich der französische Hochkommissar in Deutschland eingeschaltet hatte.

In welchem Rahmen wurde die Gedenkstätte realisiert?
O: Die Gedenkstätte in der heutigen Form gibt es erst seit etwa 20 Jahren. Die früheste Erinnerungstafel gab es auf dem Gelände der ehemaligen KZ-Gärtnerei, wo die SS die Asche der Toten verstreuen ließ, seit Mitte der fünfziger Jahre in Form einer Tafel, die den "Opfern von 1938 bis 1945" gewidmet war. Mitte der sechziger Jahre wurde das Mahnmal erinnert, das noch heute an das KZ Neuengamme erinnert. Es folgte die Installation der sogenannten Grabplatten, auf denen alle Nationen aufgeführt waren, aus denen Menschen nach Neuengamme verschleppt wurden. So sah die Gedenkstätte bis Anfang der achtziger Jahre aus. 1981 wurde das Dokumentenhaus gebaut, in dem eine ständige Ausstellung eingerichtet wurde und eine Forschungsstelle geschaffen wurde. Zu diesem Zeitpunkt wurde auch der erklärende Rundweg auf Teilen des historischen KZ-Geländes eingerichtet und schließlich und endlich auch das ehemalige Klinkerwerk unter Denkmalschutz gestellt. Seit der Restaurierung finden in dem Klinkerwerk ebenfalls themenbezogene Veranstaltungen statt.

Gab es denn zumindest irgendwelche kritischen Stimmen bei der Realisierung des zweiten Knastes 1970?
Regina (R): Der Bau der Anstalt IX auf dem Gelände verlief einigermaßen ungestört von politischen und moralischen Einwänden. Auf jeden Fall war es so, dass bei der Einweihung des Dokumentenhauses 1981, an der ehemalige KZ-Häftlinge teilnahmen, viele Insassen der Haftanstalt IX für den Tag Freigang erhielten, damit ehemalige KZ-Häftlinge nicht mit den einsitzenden Strafhäftlingen der Anstalt IX konfrontiert würden.

Kann man denn sagen, dass es eine wirkliche Zäsur 1989 war, als der damalige SPD-Bürgermeister Voscherau die Verlegung des Gefängnisses thematisierte?
O: Ja wenn man sich die Äußerungen in den fünfziger Jahren wie beispielsweise die schon erwähnte Max Brauers anhört und mit die Erklärungen des Ersten Bürgermeisters Henning Voscherau von 1990 vergleicht, dann ist das wie ein radikaler Bruch, wie eine 180 Grad-Wendung. Voscherau entschuldigte sich offiziell im Namen der Stadt Hamburg, dass auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Neuegamme ein Gefängnis geschaffen wurde. Er erklärte, dass das ein schwerer, nicht wiedergutzumachender Fehler sei, der behoben werden müsse. Er sprach allerdings meines Wissens nur von der Anstalt XII, nicht von der Anstalt IX. Er kündigte an, dass innerhalb der nächsten fünf Jahre, also bis 1995 - zum fünfzigsten Jahrestags des Kriegsendes - die Vollzugsanstalt XII verlegt sein sollte. Bis dahin sollte der südliche Teil des historischen KZ-Geländes frei sein. Letztlich hat er aber diese Zusage nicht eingehalten.

Eigentlich sollte vor sechs Jahren längst realisiert sein, was aktuell durch den Bürgerblock in frage gestellt wurde?
O: Ja, das wäre 1995 gewesen. Das einzige, was sich 1995 geändert hat, war, dass der Zaunlauf um die Anstalt XII so verändert wurde, dass ein Teil der historischen Gebäude der Walther-Werke, einem Rüstungsbetrieb, für den seit Mitte des Krieges Häftlinge in Neuengamme arbeiten mussten, in das Gedenkstättenkonzept als Ort einer ständigen Ausstellung mit einbezogen wurde. Seitdem gehen Besucherinnen und Besucher vom nördlichen bis zum südlichen Ende des KZ, wenn sie beim Mahnmal und dem "Haus des Gedenkens" anfangen und bis zur Ausstellung wollen.

R: Du hast Voscheraus Zusage eben als einen "Bruch" bezeichnet, aber das war natürlich nur in einem bestimmten Sinne ein Bruch. Es hat eine lange Entwicklung dahin gegeben. Der Bau des Dokumentenhauses geht auf mit das langjährige Engagement der Überlebenden-Organisationen zurück und hängt auch mit Aktivitäten von Geschichtswerkstätten und "Geschichte von unten“ -Projekten in den achtziger Jahren zusammen - das hat eine Dynamik in Gang gesetzt, an deren Ende sich dann Voscherau hervorgetan hat. Innerhalb der SPD war es allerdings durchaus kein Konsens, dass die JVA XII verlegt werden sollte. Es brauchte die Stimme Voscheraus, die den Ausschlag für eine Mehrheit zur Verlegung des Knastes gegeben hat.

Welchen Anteil haben konkrete Interventionen von verschiedenen Initiativen auf die politischen Entscheidungen gehabt?
O: Das ist schwer zu beantworten. Es hat den beharrlichen Protest der Überlebenden gegeben, es hat auch z.B. durch Reemtsmas Institut Unterstützung gegeben, aber es hat ja auch insgesamt in der Bundesrepublik ein Umdenken mit Orten wie Neuengamme in den achtziger Jahren gegeben. Diese drei Komponenten haben - denke ich - zusammengespielt.

Wie kann man nun die Bürgerschaftsentscheidung des alten rot-grünen Senats vom 5. September 2001 bezüglich der Verlegung der Anstalt XII weg vom Neuengammer Gelände einordnen?
O: Es gab Anfang der neunziger Jahre die Arbeit an den Plänen durch u.a. die genannte ExpertInnenkommission für die Neukonzeption der Gedenkstätte, und der Bürgerschaftsentscheid vom 5. September hat das nur nochmals bekräftigt.

Also wurde da etwas in der Bürgerschaft entschieden, was eigentlich schon seit zehn oder elf Jahren abgesegnet war und durch politisches Desinteresse sozusagen auf Eis gelegt war...?
O: Ja, vor elf Jahren gab es die Grundsatzentscheidung, und dann wurde geguckt, wie das umgesetzt werden kann. Es gab z.B. schon eine fertige Planungsvorlage für ein Bildungswerk auf dem Gelände.

R: Jedenfalls ist seit 1993 immer mal wieder ein Vorschlag der Kommission realisiert worden, aber insgesamt war das ein langwieriger Prozess, bei dem wiederholt alles in frage gestellt wurde - wie in den letzten Wochen wieder. In den neunziger Jahren hat die problematische Finanzierung dabei eine Rolle gespielt, es gab den ganzen praktischen Fragenkomplex um die Verlagerung der Anstalt XII nach Billwerder, der das ganze um Jahre verschleppt hat. Vor zwei Jahren wurde das Ganze noch einmal konkretisiert, woraufhin in der Gedenkstätte zwei neue Stellen eingerichtet wurden. Eine für die Erarbeitung eines Konzepts für eine Jugendbildungsstätte, die andere für eine Neuerarbeitung einer ständigen Ausstellung nach der Erweiterung. Von Seiten der Gedenkstätte sind also eine ganze Reihe von Schritten eingeleitet worden, aber es gab um einzelne Punkte immer noch Verhandlungen: Wie viele museumspädagogische MitarbeiterInnen muss man haben, was bedeutet die Knastverlagerung auch für die Fragen des erinnerungspolitischen Umgangs mit dem freigegebenen Teilen. Was macht man mit den verschiedenen Gebäuden, auch denen, die nach 1945 entstanden sind, die ja schliesslich auch ein Zeugnis darüber ablegen, wie mit der Vergangenheit nach 1945 umgegangen wurde. Das sind alles schwierige Fragen; und es gab zumindest in der Politik wenig Interesse, das alles zu einem wichtigen und vordringlichen Problem zu machen.

Wie konnte es nun dazu kommen, dass wenige Wochen nach dem Bürgerschaftsentscheid vom September nach der Wahl plötzlich alles wieder in Frage stand und die ganze Arbeit seit 1990 umsonst gewesen zu sein schien?
R: Schill hatte ja in seinem Wahlprogramm angekündigt, dass er den Knast in Billwerder nicht als offenen Strafvollzug realisieren würde, wie ursprünglich vorgesehen. Im Zusammenhang mit diesem Komplex ist dann im Rahmen der Sondierungsgespräche zwischen FDP, CDU und Schillpartei darüber gesprochen worden, dass die Zahl der Haftplätze sowieso nicht ausreichend sei und deswegen die Anstalt XII in Neuengamme nicht geschlossen werden solle. Beust hat dazu gesagt, man habe schlicht „vergessen", dass die Anstalt XII sich auf historisch sensiblem Gebiet befinde. Das mit dem „vergessen" muss man ihm wohl traurigerweise einfach glauben....

Das klingt nach einer Mischung aus sicherheitspolitischen Aktionismus und geschichtsvergessener Blödheit, oder steckt da eine gezielte Strategie konservativer Geschichtsentsorgung dahinter?
R: Na ja, es gibt schon Leute, die sagen, dass angesichts der generellen Entwicklungen der letzten Jahre in der Erinnerungspolitik die rechte Koalition auch hier in Hamburg darauf setzten kann, genug WählerInnenstimmen für einen Kurs hinter sich zu haben, der die NS-Vergangenheit als bewältigt und erledigt betrachtet. Ich finde, das zeigt noch mal, dass der neue Senat strategisch nicht besonders schlau vorgegangen ist. Sie hätten über den Neubau des Gefängnisses in Billwerder erstmal verhandeln können, ohne das Thema Neugamme überhaupt ins Gespräch zu bringen. Wäre die neue Jugendstrafanstalt Billwerder in der Schill'schen Variante - oder wie auch immer - gebaut worden, hätte das eh noch zwei, drei Jahre gedauert. Dann hätten sie immer noch, je nach politischer Stimmung, die Frage der Nichtverlegung der Anstalt XII thematisieren können. Es wäre dann unter anderen Umständen nicht mehr so einfach gewesen, das Festhalten am Standort auf dem ehemaligen KZ-Gelände zu skandalisieren. Jetzt war es natürlich einfacher zu fragen, wieso die CDU erst der Verlegung zustimmt und vier Wochen später plötzlich dagegen ist. Da stellte sogar die BILD-Zeitung fest, dass sich von Beust offenbar von Schill hat über den Tisch ziehen lassen.

Also doch eher politischer Dilettantismus als strategischer Paradigmenwechsel in der Erinnerungspolitik...
O: Möglicherweise ja, es bleibt aber ein wenig spekulativ. Von Beust hat in seiner Regierungserklärung allen Ernstes davon gesprochen, es gäbe weder einen "klassen- noch rassenbezogenen Wahrheitsanspruch". Meint er mit "rassen-" die jüdischen Opfer? Sind für von Beust Jüdinnen und Juden eine "Rasse"? Zumal Schill um die historische Bedeutung des Standortes der Anstalt XII weiss. Trotzdem - oder gerade deshalb - findet sich dazu kein Wort in seinem Programm, sondern die Schillpartei kündigte nur an, eine angebliche "Strafanstalt II", die für mehrere Millionen verlegt werden sollte, weiter zu nutzen, ohne zu erwähnen, weshalb diese JVA verlegt werden sollte.

Da kann man durchaus von einer Ignoranz bzw. Gleichgültigkeit gegenüber Erinnerungspolitik bezüglich des Nationalsozialismus reden.
R: Ich glaube nicht, dass es eine Gleichgültigkeit ist, sondern für Schill ist es eine Selbstverständlichkeit im Sinne einer nassforschen Unbefangenheit. Wenn er sich hinstellt und davon redet, dass ja sein Großvater Widerstandskämpfer gewesen ist und er deshalb wisse, wovon er spricht, und sich darüber legitimiert, so zeigt das, dass es hier nicht um Ignoranz geht, sondern um eine positive Besetzung des Themas unter bedenklichen Vorzeichen. Und auch der Justizsenator Kusch hat in der Bürgerschaft im Zusammenhang mit dem Thema auf seine jüdischen Vorfahren hingewiesen.

Nun gab es ja sehr schnell und mit großer Resonanz Proteste gegen die Ankündigung, den Bürgerschaftsbeschluss vom September nicht umsetzten zu wollen.
O: Es gab ja sowieso Proteste gegen den neuen Senat, da spielte auch die Ankündigung der Nichtverlegung der JVA XII eine wichtige Rolle. Ausserdem gab es natürlich Proteste durch ehemalige Häftlinge von Neuengamme, das war auch sehr wichtig. Der Höhepunkt dieser Proteste war meines Erachtens das Erscheinen von drei Überlebenden von Neuengamme - Jean Le Bris, Robert Pinçon und Fritz Bringmann - bei der feierlichen Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung, was dazu geführt hat, dass von Beust sie zu einem Gespräch eingeladen hat. Dieses Gespräch war meines Erachtens der Wendepunkt, denn von Beust erklärte, er würde nichts verändern ohne die Zustimmung der "Opferverbände". Wenn es kein Einvernehmen mit ihnen gäbe, dann würde die Entscheidung der Bürgerschaft vom 5. September 2001 bestehen bleiben, aber man suche auch nach bessern Lösungen. Er betonte, man habe nicht genug Haftplätze, dies sei überhaupt der Grund, weswegen die Schliessung der Anstalt XII in frage stehe.

R: Wichtig war auf jeden Fall, dass die Proteste wirklich international waren und sich gezeigt hat, dass Beust und Schill sich verrechnet haben, wenn sie glauben, das einfach durchziehen zu können, und ich denke, sie waren vom Ausmaß der Proteste überrascht und haben gemerkt, dass dies ein Thema ist, das international - und nicht nur von links - besetzt ist. Auch die Hamburger SPD hat sich mächtig in die Bresche gewor-

fen. Ortwin Runde, der sich während seiner Bürgermeisterzeit bei diesem Thema ja keineswegs hervorgetan hat, sprach plötzlich über die internationale Bedeutung des Themas und welche Rolle die Gedenkstätte Neuengamme für die Reputation Hamburgs spiele.

Mittlerweile hat der neue Justizsenator Kusch nach einer Besichtigung der Gedenkstätte und der JVA offiziell erklärt, dass nun doch die JVA XII verlegt wird und somit die Beschlusslage vor der Wahl gültig sei - bedeutet das also wirklich, dass auch das bisher erarbeitete Konzept der Kommission umgesetzt werden wird, oder was gilt jetzt eigentlich?

R: Es hat am 21. November die Begehung durch Mitglieder des neuen Senats gegeben und direkt im Anschluss daran ein Gespräch mit der Amicale, der Dachorganisation überlebender Häftlinge von Neuengamme. Bei der anschliesssenden Pressekonferenz in der Anstalt XII gab Kusch dann bekannt, dass die Pläne des alten Senats eingehalten werden sollen und an Punkten sogar "noch besser" werden sollen. Das hat er mit den Worten eingeleitet, die "Irritationen", die während der Koalitionsverhandlungen in Bezug auf die Gedenkstätte zustande gekommen seien, wären Ergebnis schlechter Pressearbeit und es habe Kommunikationsschwächen gegeben. Er gestand gewissermaßen ein, dass es sich hier um einen "Anfängerfehler" der Koalition gehandelt habe. Jetzt würde auch die Schillpartei diesen Beschluss mittragen, für die Schillpartei war Baunsenator Mettbach mit bei dem Ortstermin dabei. Kusch ging noch weiter, indem er davon sprach, dass die neue Koalition ein Zeichen setzten wolle gegen die SPD, die schliesslich für den Bau des Gefängnisses verantwortlich sei.

Was hat denn jetzt der neue Senat konkret im Sinn ?

R: Am Beschluss der Bürgerschaft vom 5. September 2001, den damals auch die CDU mitgetragen hat, ändere sich zunächst nichts. Allerdings wies Kusch darauf hin, dass unterschiedliche Bewertungen der Strafvollzugsinteressen zwischen dem alten und dem neuen Senat existierten, daher müsse die Justizvollzugsanstalt in Billwerder von offenem auf geschlossenen Strafvollzug umgebaut werden. Diese Neuplanungen könnten unter Umständen eine Verzögerung der Verlegung um weitere sechs Monate bedeuten, also von Ende 2002 auf Anfang 2003. Kusch sagte weiter, er sei sich darüber im Klaren, dass sechs Monate eine lange Zeit für die ehemaligen Häftlinge des Konzentrationslagers sei, hoffe aber auf deren Verständnis. Die Verbände ehemaliger Häftlinge sollen sich beraten und zu diesem Punkt Stellung beziehen; wenn sie ihr Einverständnis geben, würden die modifizierten Planungen in die Bürgerschaft gehen; wenn nicht, werde der Beschluss vom 5. September gelten.

O: Die Pläne zur Erweiterung und Neugestaltung der Gedenkstätte, die die ExpertInnenkommission formuliert hatte, legten ziemlich detailliert Pläne zeitliche Abläufe fest, wie eine Umgestaltung nach der Räumung der Anstalt XII aussehen kann. Das macht auch die neuen Entscheidungen des CDU-Schillpartei-FDP-Senats sehr heikel, weil die sich an diesen - lax gesagt – „Fahrplan" nicht halten. Da werden gerade einige Schnellschüsse abgegeben, um das schlechte Image in dieser Frage wieder loszuwerden. So sollen schon am 13. Dezember 2001 die Gebäude, die der SS als Garagen dienten, freigemacht werden. Die heute dort bestehende Revisionsabteilung, die bisher in den Garagen untergebracht war, zieht nach Hannöversand oder nach Fuhlsbüttel um. Nach den ursprünglichen Vorgaben der ExpertInnenkommission war das eine Maßnahme, die erst ganz am Schluss nach der Knastverlegung realisiert werden sollte. Jetzt soll das ein Einstieg sein, und es ist noch völlig unklar, wie die Gedenkstätte mit den SS-Garagen ausstellungsgestalterisch umgehen wird.

Es gibt doch noch andere solcher kurzfristigen Maßnahmen...

R: Ja, die überstürzte Übergabe der SS-Garagen sei ein Zeichen des Betroffenseins, wie Justizsenator Kusch meinte. Und um ein würdiges Gedenken "noch schneller" möglich zu machen, sollen innerhalb der nächsten ca. drei Monate der KZ-Appellplatz nach den Plänen des Bürgerschaftsbeschluss hergerichtet und die Straße, die darüber führt, verlegt werden. Der Platz befindet sich aber innerhalb der JVA XII; also wird die JVA XII zu bestimmten Zeitpunkten für Besucherinnen und Besucher (z.B. vormittags) geöffnet, und um ein würdiges Gedenken nicht zu stören, wird zu diesen Zeiten kein Sportbetrieb auf dem Sportplatz stattfinden. Das ist schon ein wenig merkwürdig. Der endgültige Ausbau der Gedenkstätte soll auch früher sein, und zwar am 2. Mai 2005. Woher die Finanzierung, das Personal etc. für diese Beschleunigung kommen soll, wurde von Kusch nicht erwähnt.

Das bedeutet, dass die Finanzierung dieser Maßnahmen noch unklar ist?

R: Der auf der Pressekonferenz ebenfalls anwesende Schulsenator Lange hat auf die Frage der Finanzierung geantwortet, dass die ganze Finanzierung zur Hälfte vom Bund getragen wird. Durch den modifizierten Zeitplan werden Finanzmittel allerdings bis zu einem Jahr früher gebraucht. Danach gefragt, hat Lange gesagt, dass das dann durch die Hansestadt vorfinanziert werden müsse, was aber angesichts der Haushaltslage fraglich ist. Meiner Meinung nach machen die gerade den nächsten kapitalen Anfängerfehler: Sie versuchen jetzt etwas besonders Spektakuläres zu machen, ohne dass die Finanzierung wirklich gesichert ist.

Wie haben die Vertreter von Überlebendenorganisationen darauf reagiert?

R: Der Vorsitzende der Amicale, Pinçon, hat bei dieser Gelegenheit deutlich gesagt, dass alle Häftlingsverbände dem Plan zustimmen müssen. Man werde dem Senat dann wissen lassen, was nach den internen Überlegungen für eine Entscheidung gefallen sein wird. Zumindest Pinçon hat sich nicht total begeistert gezeigt, sondern ist zwar bestimmt, aber doch sehr verhalten aufgetreten.

Ist dem Senat zu trauen, wenn er sich nach dem Hin und Her jetzt zur Verlegung bekennt?

O: Also da wird es bestimmt auch in Zukunft die eine oder andere "Irritation" geben, wie das ja so schön hieß. Aber ich glaube, grundsätzlich sind die Weichen für die Zukunft gestellt - um die Entscheidung, das Gefängnis zu verlegen, kommt der neue Senat auf keinen Fall mehr umhin. Wie das im einzelnen aussehen wird und ob es an konkreten Punkten wieder zu Konflikten kommen wird, das wird die Zukunft zeigen.

Würdet Ihr abschließend sagen, dass das Einlenken des rechten Senats in diesem Konflikt ein politischer Erfolg ist?

O: Für mich ist es schon deswegen ein Erfolg, weil wenigstens ein Teil der Überlebenden Häftlinge des KZ Neuengamme die Knastverlegung noch erleben wird. Das ist ein großer Erfolg. Ich finde es auch wichtig, dass die Gedenkstätte erweitert wird. Aber es ist natürlich schon ein wenig absurd, sich über etwas zu freuen, was eigentlich bis vor acht Wochen ausser Frage stand. Das Gezerre in der Zwischenzeit hätte man sich sparen sollen.

R: Ein weiterer positiver Nebeneffekt ist die große Öffentlichkeit, die Neuengamme in den letzten Wochen bekommen hat. Viele Leute in Hamburg kennen die Gedenkstätte nicht bzw. waren noch nie vor Ort. Selbst von der Linken dieser Stadt, für die Neuengamme durchaus einen großen Symbolwert hat, waren viele noch nie in der Gedenkstätte. Insofern war die Öffentlichkeit für den Ort gut, wenn das bestimmt auch ein unbeabsichtigter Effekt der Politik des rechten Senats war.

Bevorstehende Inhaftierung Rudko Kawczynskis

Am 19.November soll sich der Vorsitzende des Roma National Congress RNC zum Haftantritt in einem Gefängnis einfinden, dass sich auf dem Gelände des früheren Konzentrationslagers Neuengamme in Hamburg befindet. Verurteilt wurde er wegen der Teilnahme an einer Aktion für Bleiberecht von Roma aus Jugoslawien in der BRD.

Rudko Kawczynski bekam mit Poststempel 20. Oktober von der Staatsanwaltschaft Lörrach mitgeteilt, er habe am 19. November in der hamburger Justizvollzugsanstalt Vierlande seine Haftstrafe anzutreten. Bereits 1992 war er vom Amtsgericht Lörrach wegen »Nötigung im Straßenverkehr« zu 50 Tagen Haft verurteilt worden.
Allerdings ist Kawczynski kein Raser und Drängler, sondern hat in seiner Funktion als Vorsitzender des Roma National Congress am 9. November 1990 an einem Protestmarsch gegen die Abschiebung von Roma nach Jugoslawien teilgenommen. Die Roma forderten vom UNHCR, sich gegen ihre drohende Abschiebung aus der BRD nach Jugoslawien einzusetzen. Dafür wollten sie vor dem Uno-Flüchtlingshochkommissariat in Genf demonstrieren. Am Grenzübergang Basel wurde der Protestmarsch gestoppt und an der Ausreise aus der BRD in die Schweiz gehindert. Sie blockierten daraufhin den Grenzübergang für sieben Tage. Rudko Kawczynski erklärte dazu gegenüber dieser Zeitung: "Das war eine Spontandemo. Die Polizei hat dann den Autoverkehr umgeleitet, aber damit hatten wir nichts zu tun." Marko D. Knudsen von Rom News erklärte dazu: "Dank dieser Aktion erhielten mehr als 2000 Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien Aufenthaltsgenehmigungen in Deutschland. Die meisten von ihnen wären aller Wahrscheinlichkeit nach gestorben im Falle einer Abschiebung in diese Gegend zu diesem Zeitpunkt. Aufgrund dieser Demonstration ist Herr Kawczynski zu einer 50-tägigen Haftstrafe verurteilt worden."
Der Prozeß ging bis vor das Bundesverfassungsgericht, wo er seit 1994 anhängig ist. Rudko Kawczynski dazu gegenüber dieser Zeitung: "Das Amtsgericht Lörrach hat einmal im Jahr angefragt, ob denn nun eine Entscheidung des BVG vorliegt. Und jetzt kam plötzlich die Ladung zum Haftantritt, obwohl das BVG noch nicht entschieden hat." Der Anklagevertreter will nun offensichtlich nicht mehr länger auf ein BVG-Urteil warten. "Das BVG hat zwar unsere Verfasssungsbeschwerde gegen das Urteil des Oberlandesgerichtes zur Entscheidung angenommen, aber das hat keine aufschiebende Wirkung. Es ist absurd, aber nach 6 Jahren hat es jetzt plötzlich die Staatsanwaltschaft Lörrach eilig, obwohl das BVG dieses Jahr angefangen hat, den Vorgang zu bearbeiten", fasste Kawczynskis Anwalt Christian Schneider gegenüber dieser Zeitung die Rechtslage zusammen.
Kawczynski erklärt sich die plötzliche Eile politisch: "60 Roma-Organisationen haben auf der Anti-Rassismus-Konferenz in Durban gegen die Abschiebepolitik der Bundesrepublik Deutschland protestiert und aufsehen erregt. Kurz danach kam jetzt die Ladung zum Haftantritt in Neuengamme."
Genau ein Jahr vor der Spontandemo am Grenzübergang hat Rudko Kawczynski am 9. November 1989 unmittelbar neben der Justizvollzugsanstalt Vierlande eine bewegende Rede gehalten. Um ein Bleiberecht für Roma aus Jugoslawien in Hamburg durchzusetzen, hatten Roma die KZ-Gedenkstätte Neuengamme symbolisch besetzt. In Neuengamme, zunächst Außenlager von Sachsenhausen, ab 1940 eigenständig und Hauptlager für Norddeutschland, waren während des Nationalsozialismus etwa 500 Roma und Sinti im KZ inhaftiert. Die Roma und Cinti Union Hamburg protestierte auf dem Gelände des früheren Konzentrationslagers, um ihrer Forderung nach Bleiberecht Nachdruck zu verleihen: Vor dem Hintergrund der systematischen Verfolgung und Vernichtung von Roma und Sinti durch die Nazis könne der deutsche Staat 1989 auf keinen Fall Roma in ein Land im damals beginnenden Bürgerkrieg abschieben. Die Besetzung wurde am nächsten Tag abgebrochen, sie stieß in der Öffentlichkeit auf keine Resonanz. Die Menschen saßen vor dem Fernseher und verfolgten die Bilder von der Maueröffnung.
Während aus DDR und BRD Deutschland wurde, setzten sich Roma und einige UnterstützerInnen gegen drohende Abschiebungen zur Wehr. Ein Film von Monika Hielscher und Mathias Heeder dokumentiert diese Aktivitäten. Auch die Grenzblockade bei Basel. Die Filmemacher: "Der Film Gelem Gelem - wir gehen einen weiten Weg beschreibt den Versuch einer Gruppe heimatloser Roma in der Bundesrepublik, den Teufelskreis von sozialer Verelendung, Kriminalisierung, Abschiebung, illegaler Wiedereinreise, erneuter Vertreibung etc. zu durchbrechen." Oft tauchen deutsche Polizisten in dem Film auf: Bei der Räumung des holländischen Konsulates in Hamburg oder bei der Kontrolle der Grenze.
Monika Hielscher und Mathias Heeder: "Die Aufnahmen zu diesem Film entstanden zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1991. Die meisten Menschen, die wir während dieser Zeit begleiteten, wurden inzwischen von den deutschen Behörden abgeschoben. Ihre Spuren verlieren sich in den Elendsghettos von Südosteuropa." Viele Roma wurden ab 1991 nach Skopje abgeschoben. Jahre später erzählte Mathias Heeder am Rande einer Filmvorführung, dass sich die elenden Lebensbedingungen für Roma dort trotz zugesagter Hilfsgelder aus Deutschland, mit denen die Abschiebungen ‚humanitär‘ begleitet werden sollten, nicht gebessert hätten. Mittlerweile sind viele Roma in ganz Mazedonien, dessen Hauptstadt Skopje ist, im Bürgerkrieg zwischen die nationalen Fronten geraten. Wie bereits zuvor im Kosovo, in dem nach mittlerweile drei Jahren Gewaltmonopol der national-albanischen UÇK im NATO-Protektorat Roma ebenso wie Juden und Serben nur noch in einigen wenigen Enklaven leben können. Trotzdem versuchen deutsche Behörden immer wieder, Roma aus dem Kosovo abzuschieben, wogegen der RNC im Sommer 2000 eine Kampagne organisierte. Der Roma National Congress RNC hat in Hamburg-St. Pauli seit vielen Jahren ein Büro. Rudko Kawczynski hat sich ungezählte Male für das Bleiberecht von Roma eingesetzt, denen nach geltendem deutschen Ausländerrecht Abschiebung droht. Die Hamburger Ausländerbehörde - deren Chef vom neuen Hamburger Innensenator Ronald Schill gerade ausdrücklich für seine Arbeit gelobt wurde - hat Anfang November eine junge Roma-Frau in Abschiebehaft gesperrt, die nach Kroatien ausreisen muß. Sie wurde von ihren in Hamburg lebenden Eltern getrennt. Erst im Oktober hat vor der Ausländerbehörde eine Kundgebung von tausend Roma gegen drohende Abschiebungen nach Jugoslawien stattgefunden.
Jetzt protestieren Roma-Organisationen aus Solidarität mit Rudko Kawczynski. Wie der Autor Rajko Djuric im Namen des Romani PEN-Clubs: "Kawczynski ist also ‚schuld', da er die Roma, deren Menschen- und Nationalrechte wie in der BR Deutschland so auch in Europa tagtäglich mit Füßen getreten werden, versucht hat zu schützen. Wir verstehen diesen Gerichtsbeschluß mehr als einen politischen als einen juristischen."
Vom 19. -21. November findet in Hamburg im Kulturzentrum beim Durchreiseplatz Braun eine vom Europarat und der OSCE mitgetragene Konferenz zur Lage von Roma und Sinti in Osteuropa statt. Kawczynski erklärte gegenüber dieser Zeitung: "Nach der Konferenzeröffnung, die ich für den RNC machen werde, kann ich mich dann in Neuengamme zur Haft melden." Kawczynski weiter: "Es ist makaber, dass ich die Haft ausgerechnet in Neuengamme antreten muß". Marko D. Knudsen erklärt dazu: "Bis zum heutigen Tage werden hier Roma und Sinti an einem Ort inhaftiert, an dem ihre Eltern und Großeltern umgebracht wurden." Die JVA Vierlande ist ein reguläres Gefängnis, in dem aber zum Teil noch frühere Häftlingsbarakken des Konzentrationslagers Neuengamme genutzt werden. Im Programm der seit 31. Oktober in Hamburg mitregierenden Schillpartei PRO heißt es unmißverständlich, dass die Verlegung des Gefängnisses Vierlande weg vom Gelände des früheren KZ Neuengamme gestoppt werden soll. In der Koalitionsvereinbarung des neuen rechten Hamburger Senates von CDU, Schill und FDP hieß es ursprünglich dementsprechend: "...unabhängig vom Neubau werden die Schließungspläne der Anstalt XII aufgegeben." Als sich gegen die Pläne, das Gefängnis auf dem früheren KZ-Gelände zu belassen, Protest regte, wurde eine neue Sprach-

regelung eingeführt: "Unabhängig vom Neubau werden Gespräche mit jüdischen Organisationen, Opferverbänden und Institutionen mit dem Ziel aufgenommen, Einvernehmen darüber herzustellen, ob die Pläne für eine Schließung der Anstalt XII ... aufgegeben werden können." Es soll geredet werden - zurückgenommen wurde die Aufrechterhaltung des Gefängnisses auf dem KZ Neuengamme bisher nicht.

Zwar hat sich am 8. November Hamburgs Interims-Kultursenator Rudolf Lange dafür eingesetzt, das Gefängnis auf dem Gelände zu schließen. Aber bereits am nächsten Tag erklärte der stellvertretende Senatssprecher, Klaus May: "Das Thema ist im Senat bisher nicht abgestimmt worden." Eine endgültige Entscheidung werde erst nach einem Gespräch mit Überlebendenorganisationen am 21. November getroffen. Hamburgs neuer Innensenator Ronald Schill, Führer der gleichnamigen Schill-Partei, distanzierte sich ebenfalls am 9. November von Langes Aussagen: "Ich bin sehr überrascht, Das steht so nicht im Koalitionsvertrag." Ebenso Frank-Michael Bauer, Abgeordneter der Schill-Partei: "Ich kann mir nur vorstellen: Das war ein Alleingang von Herrn Lange." Eine Schließung des Gefängnisses für die Erweiterung der Gedankstätte ist keineswegs Konsens: "Um der Nachwelt zu zeigen, wozu Menschen fähig sind, hat die Gedenkstätte schon jetzt ihre Bedeutung. Das ist keine Frage der Größe." So werden wohl auch in Zukunft dort Verurteilte ihre Strafe absitzen müssen, wo bis zum April 1945 der KZ-Appellplatz war, auf dem die SS Gefangene erniedrigte, auspeitschte und erhängte.

Dass die KZ-Gedenkstätte ausgebaut wird, erscheint notwendig gerade auch angesichts der Kaltschnäuzigkeit, mit der bei der Aufforderung zum Haftantritt an Rudko Kawczynski die nationalsozialistischen Taten zur Vernichtung von Roma und Sinti ignoriert worden sind. Am 19. November wird Kawczynski an zwei Schildern vorbeikommen, die direkt untereinander hängen und den Weg weisen - nach Rechts: Oben steht "KZ-Gedenkstätte Neuengamme", darunter "Vollzugsanstalten Vierlande".

Von Gaston Kirsche (gruppe demontage)
Homepage: http://www.demontage.org

Letzte Meldung: Inhaftierung verschoben 20.11.2001 14:21
Romnews hat am 19. November bekannt gegeben, dass die Inhaftierung von Rudko Kawczynski in Neuengamme verschoben worden ist, aber nicht aufgehoben. Genauere Infos habe ich leider derzeit nicht.

G.K

Freiheit stirbt mit Sicherheit - Gegen Rasterfahndung und Sicherheitswahn!

Seit dem 11.September 2001 ist alles anders: Plötzlich haben alle Angst. Angst vor Flugzeugentführungen, vor Terroranschlägen, vor Milzbrandpost, Angst vor "kriminellen Ausländern", die als "tickende Zeitbomben" an deutschen Hochschulen "schlafen", Angst vor "Extremisten", die die "westliche Zivilisation" zu vernichten drohen, Angst vor allen, die anders und damit verdächtig sind und Angst vor all jenen, die sich allzu unverdächtig verhalten. Und alle sind sich einig: Was wir brauchen ist "mehr Sicherheit", das heißt mehr Kontrollen, mehr Überwachung, stärkere Repression und zu guter Letzt die flächendeckende Rasterfahndung an bundesdeutschen Hochschulen, am besten gleich ein ganzes "Sicherheitspaket". Die neue alte Sicherheitsdebatte. Die augenblicklich herrschende Sicherheitshysterie wurde nicht durch den 11. September ausgelöst, er hat ihr nur eine neue Qualität verliehen. Pläne zur Erweiterung von Instrumentarien wie Rasterfahndung, Erfassung biometrischer Daten und die Einrichtung zentraler Datenbanken, die seit langem in den Schubladen der zuständigen Behörden liegen, werden nun hervorgeholt und dankend aufgenommen. Bereits praktizierte Kontroll- und überwachungsstrategien wie Videoüberwachung von Bahnhöfen oder öffentlichen Plätzen, vermehrter Einsatz von Polizei und BGS an den deutschen Außengrenzen und auf den Flughäfen werden ausgeweitet. Unter dem Eindruck des allgemein drohenden Terrors werden von einem Großteil der Bevölkerung repressives Verhalten von Ordnungskräften gegenüber "Verdächtigen", seien es MigrantInnen, die per se als DrogendealerInnen diskriminiert werden, seien es Obdachlose oder Junkies, nunmehr als selbstverständlich hingenommen und als notwendig erachtet.

Aufrüstung nach Innen und Außen

Um sich gegen den "weltweiten Terror" schützen zu können, muß die "westliche Zivilisation" aufrüsten, und zwar sowohl nach innen als auch nach außen. Dabei ist die Definition dessen, was Terror ist, ebenso schwammig, wie die Vorstellung dessen, wovor man sich eigentlich fürchten muß;, diffus. Sicher ist nur, das Feinde all jene sind, die das Bestehen der kapitalistischen Ordnung in der westlichen Welt in Frage stellen: seien es "die Islamisten", die inzwischen grundweg als ProtagonistInnen der Barbarei angesehen werden, seien es Befreiungsbewegungen, wie die sozialistische ELN und FARC in Kolumbien oder seien es GlobalisierungsgegnerInnen, die als "gewaltbereite Chaoten" den reibungslosen Ablauf von Gipfeltreffen in Seattle, Göteborg oder Genua gefährden. Der europäische Aktionsplan gegen Terrorismus, der am 19. Oktober in Gent verhandelt wurde, legt beispielsweise seinen Maßnahmen eine Definition von Terrorismus zugrunde, die auf jegliche Form systemkritischen Verhaltens anwendbar ist: Von Aktionen ist dort die Rede, die darauf abzielen, "die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen eines Landes ernsthaft zu beeinflussen"; im Artikel 3 des vorgeschlagenen Rahmenprogramms ist vorgesehen, die "gesetzeswidrige Besetzung oder Beschädigung von staatlichen Einrichtungen, öffentlichen Verkehrsmitteln, öffentlichen Plätzen oder Besitzes" als terroristischen Akt mit vier Jahren Gefängnis zu bestrafen. Gemäß dieser Definition wäre das Sprühen von Graffitis ebenso als terroristischer Akt einzustufen wie Antiglobalisierungsproteste in Genua, das Blockieren eines Castor-Transportes oder Aktionen gegen den Krieg. Die Aufrüstung nach außen findet momentan ihren extremst möglichen Ausdruck: Krieg. Die BRD beteiligt sich wieder an einem Angriffskrieg. Schröder, Fischer und Co drängen sich hierbei den USA geradezu auf. Deutschland will politisch und militärisch mitspielen dürfen.

Schilys Sicherheitspakete

Die medial bis zum Erbrechen wiederholten schrecklichen Bilder der einstürzenden Twin Towers, das Entsetzen über die hohe Anzahl ziviler Opfer und die Fassungslosigkeit darüber, daß die mächtigste Nation der westlichen Welt von einer Handvoll "Terroristen" ins Herz getroffen wurde, werden bewußt instrumentalisiert. Mit ihnen wird ein Klima tiefgreifender Unsicherheit geschaffen, in dem die Menschen alles hinnehmen, was ihnen Sicherheit und Ordnung verspricht. Maßnahmenkataloge wie die Sicherheitspakete I und II sind ein Vorstoß, um Überwachungs- und Kontrollstrategien auf alle Bürgerinnen anzuwenden, die bisher nur an gesellschaftlich marginalisierten Gruppen, in erster Linie an MigrantInnen, erprobt wurden. Um vermeintliche "Schläfer" zu fassen, sollen all jene, die "nichts zu verbergen haben" sich damit abfinden, daß künftig das Bundesamt für Verfassungsschutz bei Banken und Finanzunternehmen Informationen über Kontobewegungen einholen darf. Telekommunikationsunternehmen sollen Auskunft über sämtliche Verbindungsdaten sowie Bewegungsprofile von Handy-NutzerInnen geben. Der Post- und der Flugverkehr soll überprüft werden wohlgemerkt ohne daß

dies vorher einer richterlichen Anordnung bedürfe. Im selben Atemzug plante Schily das Bundeskriminalamt (BKA) zu sogenannten "Initiativ-Ermittlungen" zu befugen, was besagt, daß es in Zukunft nichteinmal mehr eines Anfangsverdachtes bedarf, damit das BKA ermittelnd tätig werden kann. Ganz nebenbei soll die historisch begründete, grundgesetzlich festgelegte Trennung zwischen Polizei und Geheimdienst noch weiter aufgeweicht werden, indem durch die Einrichtung sogenannter Informationsboards der Datenaustausch zwischen Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst erleichtert werden soll.

Die Situation von MigrantInnen

Was augenblicklich noch vereinzelten Protest hervorruft, weil mit den geplanten Maßnahmen nun mehr auch die braven BürgerInnen ins Visier der Behörden geraten, wird bei gesellschaftlich marginalisierten Gruppen bereits seit Jahren praktiziert. Die rassistische Sonderbehandlung von MigrantInnen gesteht diesen schon seit Beginn der neunziger Jahre nicht mehr das "Recht auf informationelle Selbstbestimmung" zu. Für Asylsuchende gehört die erkennungsdienstliche Behandlung, die Speicherung und Weitergabe persönlicher Daten und ihre Erfassung im sogenannten "Schengener Informationssystem" zum üblichen Antragsprozedere. Die angestrebten Maßnahmen sollen bei MigrantInnen nicht nur die Maßregelung abweichenden Verhaltens bewirken. Sie sind auch Instrumentarien, sich ihrer besser und schneller entledigen zu können. So sollen künftig Einreiseverbote für Menschen verhängt werden können, die "terroristischer" bzw. "extremistischer" Aktivitäten verdächtigt werden; solche, die in Verdacht stehen "extremistische Organisationen" zu unterstützen, sollen ausgewiesen werden. Hier ist es nicht einmal mehr nötig, wenigstens den Schein von Rechtsstaatlichkeit zu wahren, denn: Eines Beweises bedarf es zur Ausführung der genannten Maßnahmen nicht. Die Maßnahmen tragen zu einer weiteren Verschärfung des rassistischen Klimas in der BRD bei. Schon wenige Tage nach den breit angelegte Razzien gegen angebliche Verdächtige, die in Zusammenhang mit den Anschlägen des 11. September stehen könnten, nahmen die übergriffe auf vermeintlich arabisch aussehende Menschen zu.

Was steckt dahinter?

Die Beispiele zur Verschärfung von Gesetzen machen deutlich, welche Überlegungen letztendlich real hinter der bewußt geschürten Sicherheitshysterie und den zur Lösung vorgeschlagenen Maßnahmen stecken: Es geht nicht in erster Linie darum, wirklich drohende Gefahren abzuwehren, dazu sind ein Großteil der geplanten Maßnahmen auch gar nicht geeignet, wie selbst Fachleute bei der Polizei anmerken. Hierbei geht es um Systemstabilisierung. Die geplanten Veränderungen dienen der Herrschaftssicherung, indem Menschen in ihrem alltäglichen Verhalten diszipliniert und überwacht werden und durch permanente Repression jegliches kritische Potential unter Kontrolle gehalten wird. Jegliches von der Norm abweichendes Verhalten gilt dabei als verdächtig. So wird die Gesellschaft einmal mehr gespalten, in jene, die angepasst und systemkonform leben und jene, deren Dasein nicht innerhalb der vorgeschriebenen Bahnen verläuft.

Wer sonst noch überwacht

Zusätzlich sind diese Maßnahmen innerhalb einer kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung hervorragend als Profitsicherung geeignet. Nicht nur der Staat und seine Organe haben ein Überwachungsinteresse, sondern auch die Wirtschaft. Bewegungsprofile in Kaufhäusern u.ä. werden ausgewertet, Konsumgewohnheiten und Kommunikationsverhalten der Bevölkerung werden analysiert. Die permanente flächendeckende Überwachung der KonsumentInnen und deren Kaufverhaltens hat unterschiedliche Ziele. Die KonsumentInnen sollen sich sicher fühlen. Darüber hinaus soll sie dazu dienen, auf einzelne Personen abgezielte Werbung, sowie die Überprüfung des Konsumverhaltens zu ermöglichen, um damit maximale Profite zu erzielen.

Die Linke und die Sicherheit

Maßnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit haben die Linke schon immer direkt betroffen. Bereits vor dem neuen Sicherheitspaket lief in Leipzig ein 129-a-Verfahren gegen Unbekannt. Dies ermöglichte den Staatsschutzbehörden, innerhalb der gesamten linken Szene zu ermitteln. Auch die Einreiseverbote für Linke nach Italien aufgrund von "Extremistenlisten" und die folgende Repression in und nach Genua zeigten bereits eine Verschärfung vor den aktuellen Schily-Wunschlisten. Die ersten VerliererInnen der Schily-Debatte stehen schon fest. Im Zuge der aktuellen Verhandlungen um die innere Sicherheit sollen immer weitere rassistische Gesetzte verabschiedet werden. Der mit diesen Gesetzen und der neu aufgelegten Diskussion um Zuwanderung geschürte Rassismus in der Bevölkerung wächst erneut und die allgegenwärtige Bedrohung für MigrantInnen nimmt zu. Einen Widerstand gegen diese Bedrohung sowie überhaupt Widerstand gegen das herrschende kapitalistische System zu organisieren, oder gar nur kritisch darüber nachzudenken soll im Keim erstickt werden. Die Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche nach kapitalistischer Verwertungslogik soll so überwacht, kontrolliert und mit repressiven Maßnahmen durchgesetzt werden.

Freiheit stirbt mit Sicherheit! Gegen Rasterfahndung und Sicherheitswahn!

Aufruf der Antifa-KOK zur Demo am 9.12.01, 14 Uhr Düsseldorf, Grabbeplatz

Redebeitrag vom Antifa-Café in der B5

auf der Demonstration zur Senatsvereidigung in Hamburg am 31.Oktober 2001

Liebe Antifaschtinnen, liebe Antifaschisten, die, die letztes Jahr noch vom "Aufstand der Anständigen" geredet haben, organisieren heute den Ausnahmezustand der Spießer und Arschlöcher. Darum: Wenn die Schröders und Fischers vom Frieden reden, meinen sie immer Krieg! Aber den 11. September und seine Folgen lasse ich hier außen vor, und konzentriere mich auf Hamburg und den 23. September, was eine verkürzte Analyse, dafür aber für Euch auch einen kürzeren Redebeitrag bedeutet.

Eine rhetorische und eine ernstgemeinte Frage an Euch vorweg: Hätten wir nicht auch gegen die neuerliche Vereidigung eines Innensenators Scholz hier und heute demonstrieren müssen? Und wärt Ihr da gekommen? Um welche Nuance - oder wohlmöglich mehr - war es unter rot-grün anders? Was wirkt so bedrohlich seit Schill gewählt und zum Innensenator erkoren wurde?

Zum Thema:

Die neue Hamburger Strafverkehrsordnung oder Freiheitsberaubung und Sicherheitswahn ohne Poller

Es scheint schon nicht mehr so genau darauf anzukommen, was für Wahnvorstellungen in dieser Stadt zu realer Politik kondensieren. Die großspurigen Ankündigungen von Schill wie zig neue Polizisten oder Halbierung der Kriminalität waren und sind eben genau nur die dicke Luft, die er verbreiten wollte. Schill hat mit seinen Phrasen und Parolen an ein bereits vorhandenes ausgrenzendes und rassistisches Klima angeknüpft und es angeheizt. Sein offenes Geschäft mit dem deutschen Standardressentiments betreibt er aber nicht allein, sondern im Bund mit der gestutzten CDU von Beust und einer machtversessenen Lange-FDP: die Hanseatische Dreieinfältigkeit des Bürgermobs.

Die Runde-SPD und Sager-GAL hatten im rechten Schlussspurt vor der Wahl mit Scholz versucht den inneren Anschluss nicht zu verpassen und die rechte Gefühlskurve noch zu kriegen. Die derzeitige Gesellschaftsspaltung hat Rot-Grün also bewusst mitausgelöst und angereichert - von Schily mal ganz abgesehen. Die sich so gerne als weltoffen präsentierende Stadt schafft und baut in gemeinschaftlicher, gemeinsamer Anstrengung die humanistischen und sozialpolitischen Restbestände ab.

Die Lüge von der Zivilgesellschaft, die immer nur eine chauvinistische Gesellschaft der Reicheren war und so liberal - oder besser gesagt - neoliberal daherkommt, transformiert sich in eine immer offener ausgrenzende und rassistische Gesellschaft, die auf Vorurteilen und Wahnvorstellungen aufgebaut ist und in Bestrafungsszenarien ihre Befriedigung findet. Niemand verkörpert so gut den um sich strafenden Bürger wie ein höchststrafender, vorverurteilender Amtrichter. Seit dem 23. September befindet sich Hamburg somit im selbstgewählten offenen Vollzug. Für alle ausgegrenzten und weggeschlossenen Menschen wird Sicherheitsverwahrung angeordnet. Die Prozessordnung wird zum Strafexzess, die Verkehrspolitik zur Amokfahrt im Wohngebiet. Die bürgerliche Sicherheit der möglichst totalen Kontrolle - und Selbstkontrolle, bedeutet Überwachen und Strafen von allen, die anders leben wollen, nicht in den Kram, in das oder die Bild passen. Die bürgerblockliche Freiheit und Utopie besteht in der hindernislosen Autofahrt.

Dazu ganz nüchtern Karl Marx: Zitat: *"Die [innere] Sicherheit ist der höchste soziale Begriff der bürgerlichen Gesellschaft, der Begriff der Polizei, dass die ganze Gesellschaft nur da ist, um jedem ihrer Glieder [also nur denen die dazugezählt werden] die Erhaltung seiner Person, seiner Rechte und seines Eigentums zu garantieren. [..] Durch den Begriff der [inneren] Sicherheit erhebt sich die bürgerliche Gesellschaft nicht über ihren Egoismus. Die [innere] Sicherheit ist vielmehr die Versicherung ihres Egoismus."*

Das ausgrenzende und rassistische Grundmodell mit autoritärem Charakter gilt für die Anwälte Schily und Scholz genauso wie für Richter Schill. Und ob nun der Bürgerschaft rot-grüne oder schwarz-braun-gelbe Koalitionäre vorstehen, macht zur Zeit noch keinen großen Unterschied. Beim rassistischen Normalvollzug wie Abschiebungen und Kotzeinsätzen will der Bürgerblock allerdings nach Zahlen durchaus eine Verschärfung herbeiführen. Der Unterschied besteht somit hinsichtlich der Quantität, aber auch bezogen auf die Dynamik der subjektiven und staatlichen Gewalt-Projektion: weg vom Unsicherheitsgefühl über den Sicherheitswahn und die Bedrohungsszenarios bis hin zur Vernichtungsfantasie. Das von Schill angedachte Streichen des Spritzentauschs bei drogenabhängigen Knackis geht in letztere Richtung vom einkalkulierten Tod - also Mord - weit über bisherige Praxis hinaus. Und zwei Brandanschläge auf Obdachlose in der Innenstadt in den letzten Wochen erschüttern keinen Bürgerarsch.

Allen durch den Bürgermob angegriffen Menschen gilt unsere Solidarität!

70.000 Frauen und 95.000 Männer haben Schill gewählt. Davon etwa ein Viertel aus der rechten Ecke der Sozialdemokratie, ein Viertel aus dem rechten christdemokratischen Klientel und die Hälfte hängt weiter rechts stehenden bis rechtsradikalen Gefühlen und Ideen nach. Die zum Nationalsozialismus offenen rechtsextremen Denkmuster sind also bei mindestens der Hälfte der Schill-Wähler (und Wählerinnen) - aber wohl nicht nur da - latent vorhanden. auch wenn der Schillsche Führungsstab Anleihen beim Völkischen bisher tunlichst vermieden hat. Die Frage bleibt aber, ob das mit Schills Partei nicht doch passiert? Denn an Blockwartmentalität, Machtgelüsten, Überlegenheitsgefühl und deutschen Sekundiertugenden mangelt es den PRO-Mitgliedern nicht. Und Kontakte nach ganz rechts haben sie auch schon geknüpft, (wie es ja heute auch in der taz stand).

In Hamburg wird nicht mehr gesachverwaltet, sondern emotional en block bürgerreagiert. Die Bedingungen von Produktion und Konsumption spielen in dieser Gefühlswelt und ihren Verlautbarungsorganen keine gesellschaftliche Rolle mehr. Kapitalismus scheint so natürlich wie das Hamburger Schmuddelwetter. Dem Zwang des ökonomischen Verwertungsprozesses kann sich aber auch der Stammtisch nicht entziehen. Die Wirtschaft bedient der Bürgerblock transrapid mit jeder Idee und jedem Großprojekt, am liebsten jedoch Autobahnen mit Highspeed. Das kulturelle und intellektuelle Kapital der Schill-Klientel wirkt allerdings eher abtörnend auf das Unternehmen Hamburg: beispielsweise im Bereich des Medien- und Informationsgeschäfts - und mal ganz abgesehen vom Kulturressort. Da müssen schon mal die Vertretungen von Kapitalinteressen einschreiten, wenn die ausgrenzenden Einfälle Schills zu unrentablen Nebeneffekten führen. Mit deutschem Schlager und deutschem Gefühl ist heute vielleicht eine Wahl in einem Stadtstaat zu gewinnen und der Verkehr zu deregulieren, sind aber wohl nicht alle Kapitalinteressen zu regieren.

Die linke Kritik von gesellschaftlichen Verhältnissen, von Kapital und Arbeit findet in diesen Zeiten gewiss viele - teils skurrile - Betrachtungsgegenstände, allerdings wenig Gehör. Sie bleibt aber grundlegend, außerparlamentarische Opposition notwendig und das nicht nur auf Hamburg beschränkt.

Gegen Rassismus und Law-and-Order-Politik!
Stoppt die freie Fahrt des Bürgerblocks!
Für die Legalisierung aller Drogen!
Kein Mensch ist illegal!
Schickt die geistigen Milzbrandstifter zum Mond!



Hamburg - Heim für rassistisch Ausgegrenzte?

„Wer ist der jetzt festgenommene 14 Jahre alte Räuber? Mirko ist gebürtiger Jugoslawe, Angehöriger einer dort verfolgten Minderheit. Er wohnt in Hausbruch bei seiner Mutter. Besucht die Sonderschule. Aber nur ab und zu, heißt es. Die Polizei kennt ihn schon länger." Die tonangebende Regionalzeitung Hamburger Abendblatt forderte ihrem Publikum eine kleine Denkleistung ab, wo sie vor einigen Jahren noch kurz und bündig von „Zigeunern" schrieb. Der Aufmacher „Jugendbande raubt alte Frauen aus" vom letzten Donnerstag über „eine Serie brutaler Überfälle auf Rentnerinnen" endete dann aber doch noch mit einem gängigeren rassischen Etikett: „Die Räuber flüchteten über den Balkon, der Beschreibung nach zwei Jugendliche, 16 bis 17 Jahre alt. Und beide Südländer." Die wurden nicht gefasst, aber der 14-jährige Mirko sitzt seit dem 20. November in Hamburgs Jugendgefängnis Hahnöfersand.

Dass 14-jährige dort eingesperrt werden, ist auch zu Zeiten vorgekommen, als in Hamburg die SPD regiert hat. So wurden im Februar 1999 einige minderjährige Migranten dort mehrere Wochen lang inhaftiert, weil sie aus Protest gegen die Verhaftung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan einen Raum in der Hamburger SPD-Zentrale mitbesetzt hatten.

Aber nach dem Regierungswechsel im Stadtstaat Hamburg am 31. Oktober wird die Rechtsentwicklung beschleunigt. Nur wenige Tage vor Mirkos Festnahme hatte sich Hamburgs neuer Innensenator Ronald Barnabas Schill von der Schill-Partei PRO im Gespräch mit dem Hamburger Abendblatt dafür ausgesprochen, schnellstmöglich ein geschlossenes Heim für jugendliche „Drogendealer und junge Gewalttäter" einzurichten. „Wir brauchen etwa 100 bis 200 Plätze", erklärte Schill. Mit dem Heim solle „verhindert werden, dass jugendliche Dealer nach der Festnahme gleich wieder auf der Straße sind." So soll das Jugendgericht umgangen werden, dass nach Meinung von Schill bisher viel zu selten Haft für Jugendliche anordnet.

Schill machte in dem Gespräch keinen Hehl daraus, welche Leute er als Dealer verdächtigt: Es müsse verhindert werden, dass minderjährige unbegleitete Flüchtlinge „falsche Altersangaben machen, um das mildere Jugendrecht zu nutzen. In Zukunft sollen bereits über die Ausländerbehörde Altersgutachten angeordnet werden – noch bevor die Jugendlichen straffällig werden."

Aber nicht nur Schill sieht junge Flüchtlinge generell als verdächtig an. Bereits der im September abgewählte rotgrüne Senat richtete vor einem Jahr die Drogeneinsatzgruppe DEG ein: Zivilfahnder, die nach kleinen Menschenansammlungen Ausschau halten, die sie für Drogenverkäufer halten. Im Juli wurde der auch zwangsweise Brechmitteleinsatz bei Verdächtigen vom rotgrünen Senat beschlossen, die vielleicht Drogenkugeln verschluckt hätten vor der Festnahme. Kürzlich erklärte der Chef der DEG, Kriminaloberrat Ulf Schöder, dass die Einsätze der DEG und der Brechmitteleinsatz erfolgreich seien: In den vergangenen Monaten sei die Zahl der „sichtbaren schwarzafrikanischen Dealer an den Brennpunkten sichtbar zurückgegangen."

So wird deutlich gemacht, wer gemeint ist, wenn in Hamburg von Dealern die Rede ist. Um die Festgenommenen vermehrt anzuklagen, hat Schill jetzt 15 neue Staatsanwälte eingestellt. Schill dazu gegenüber dem Eimsbütteler Wochenblatt: „Schon in wenigen Wochen wird man auch im Schanzenviertel davon etwas spüren."

Der repressive Kurs von Innensenator Schill wird vom gesamten neuen Hamburger Senat mitgetragen. Vorletztes Wochenende trafen sich die Senatoren von FDP, CDU und Schill-Partei zu ihrer ersten Klausurtagung. Bürgermeister Ole von Beust, CDU, erklärte anschließend: Etliche Arbeitsaufträge seien erteilt worden – darunter auch die Einrichtung eines geschlossenen Heimes für straffällige Jugendliche. Bei Justiz und Polizei wird eingestellt: Neben den 15 Staatsanwälten auch 252 Angestellte im Polizeidienst, eigentlich eine Beamtendomäne. Aber die sollen von kleineren Aufgaben entlastet werden, um sich auf „die Jagd nach Dealern und anderen Kriminellen konzentrieren" zu können.

Noch nicht beschlossen wurde der massive Ausbau der DEG, die bisher schwerpunktmäßig in der Innenstadt nach „sichtbaren schwarzafrikanischen Dealern" Ausschau hält. Schill möchte gerne mehr Einsatzgruppen in weiteren Stadtteilen – etwa dem Schanzenviertel, wo bereits jetzt kaum unbehelligt von der Polizei zu Fuß unterwegs sein kann, wer ins polizeiliche Dealer-Raster passt: Jung, „schwarz"– verdächtig. Die Aufstockung der DEG ist ebenso wie der Verzicht auf die Notwendigkeit einer staatsanwaltlichen Anordnung zur zwangsweisen Verabreichung von Brechmittel aber bisher erst ein Plan von Schill – und noch nicht vom Senat beschlossen: „Im Moment gilt noch das Paket, welches der ehemalige Innensenator Olaf Scholz auf die Reise geschickt hat", erklärte der Polizeisprecher Reinhard Fallak dazu. Aber es seien Treffen geplant, um Schills Vorschläge von den Amtsleitern genauer ausarbeiten zu lassen: Demnächst wird es mehr No-Go-Areas für Schwarze in Hamburg geben. Das liegt nicht nur an Neonazis – die im innerstädtischen Hamburgs nicht viel zu melden haben, oder an der Polizei. Bitter ist, dass Politik und Polizei bei der rassistischen Ausgrenzung von jungen Schwarzen von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt werden. Zum Beispiel von Margitta Duve, die ihr Ressentiment aufgeschrieben hat – veröffentlicht wurde es am 6. November im Hamburger Abendblatt: „Das Drogen-Elend vor meinem Haus". Sprachlich redundant wird das Konstrukt Schwarz = Dealer dort mehrmals wiederholt: „... Und so erzähle ich vom ganz normalen Alltag am Pulverteich. Von den schwarz-afrikanischen Dealern, die Tag und Nacht entlang der Adenauerallee patrouillieren ... die schwarzen Dealer ... 17.10 Uhr: Junge, schlanke Afrikaner patrouillieren entlang der Adenauerallee. 17.30 Uhr: Andere Afrikaner laufen hintereinander durch den Pulverteich, der vordere direkt neben einem Junkie... 18.10 Uhr: Ein Afrikaner sondiert die Lage, patrouilliert die ... Adenauerallee immer wieder entlang."

Im Internet kann im Forum auf der Webside des Hamburger Abendblattes über solche Artikel und selbstgewählte Themen diskutiert werden. Das wird rege frequentiert: „Wir haben 1226 registrierte Benutzer". Oft geht es in den Beiträgen um Dealer. Auch hier findet Hamburgs Kleinbürgertum bei der Stigmatisierung von Migrantinnen und Flüchtlingen ein deutsches Wir. Da fragte etwa ein Lothar Lion am 14.11.2001 um 11:28, ob wirklich den Staat beherrscht, wer den Drogenmarkt kontrolliert: „In logischer Konsequenz wären die wahren Herrscher unseres Landes kurdische, kolumbianische und afghanische Syndikate mit ihren meist albanischen oder schwarzafrikanischen Dealern? Ein wenig weit hergeholt, oder?" Es antworte ihm ein v.Breitenberg am 15.11.2001 um 20:34: „Es ist nicht weit hergeholt. Die o.g. Syndikate sind nicht Herrscher unseres Landes sondern Beherrscher des Drogenmarktes. Die schwarzafrikanischen Dealer werden dabei noch durch Sozialhilfe gesponsort." Wer nun glaubt, derartige Äußerungen seien nur in der LeserInnenschaft einer Springerzeitung anzutreffen: In dem Video „Kippt das Schanzenviertel!" von 1999 ist dokumentiert, wie sich AnwohnerInnen dieses alternativ geprägten Stadtteils abfällig bis aggressiv gegen junge Schwarze äußern, die sich im Stadtteil aufhalten, weil sie mit Drogenverkäufern gleichgesetzt werden. Seit die Polizei Razzien gegen vermeintliche Dealer durchführt, hat sie wieder eine höhere Akzeptanz im Schanzenviertel. Außer der linksradikalen Szene rund um das besetzte Stadtteilzentrum Rote Flora protestiert kaum jemand gegen die systematischen Festnahmen von jungen afrikanischen Flüchtlingen und schwarzen Deutschen.

Es wundert vor dem Hintergrund der Begeisterung für noch mehr Law-and-Order nicht, was Hamburgs Bürgermeister von Beust bei seiner ersten Rede Mitte November im Bundesrat erklärte - Schilys Anti-Terror-Paket sei zu lasch: „Der wichtigste Kom-

plex für eine Stärkung der inneren Sicherheit zum Schutz vor Ausländerextremismus und Terrorismus wurde überhaupt nicht geregelt, und das sind durchgreifende Maßnahmen im Bereich des Ausländerrechts." Es sei notwendig, Leute gar nicht erst einreisen zu lassen, die „unter Terrorismusverdacht stehen". Von Beust denkt an eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz, wenn jemand ohne deutschen Pass einreist.

Ähnliches steht im Vertrag, den von Beust für die CDU, Schill für die Schill-Partei und Rudolf Lange für die FDP am 19. Oktober unterzeichneten: „Zukünftig erfolgt eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz vor der Einbürgerung von Ausländern."

In dem „Vertrag über eine Koalition für die Legislaturperiode 2001 – 2005" werden Menschen ohne deutschen Pass nur unter den Stichworten Innere Sicherheit, Justiz, Drogen und Terrorismusbekämpfung erwähnt, während sie bei Soziales, Kultur, Familie, Wirtschaft, Stadtplanung usw. nicht vorkommen. Einzige Ausnahme ist die Schulpolitik: „Gut ein Jahr vor der Einschulung erfolgt eine Sprachüberprüfung bei Kindern nichtdeutscher Muttersprache. Bei erheblichen Defiziten erfolgen verbindliche Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung, so dass ausreichende Deutschkenntnisse bei allen Kindern zum Zeitpunkt der Einschulung sichergestellt sind." Wo bei der SPD- Regierung noch von Förderung die Rede war, soll jetzt schon im Kindergarten die Kontrolle Vorrang haben. Aber Protest kommt nur von der Bildungsgewerkschaft. „Die GEW hält es für einen Skandal, Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse nicht mehr einschulen zu wollen", erklärte Anna Ammon, Vorsitzende der Hamburger GEW, und: „darüber hinaus sollen offenbar die positiven Ergebnisse bilingualer Alphabetisierung über Bord geworfen und durch Eingangstests und Sprachtraining für Kinder nichtdeutscher Muttersprache ersetzt werden. In der Entscheidung der Koalitionäre sieht die GEW eine Einschränkung des Grundrechtes auf Bildung für MigrantInnenkinder." Der neue Schulsenator Rudolf Lange wird auf Protest stossen. Seine bisherige Tätigkeit spricht nicht dafür, dass er sich von der GEW etwas sagen lassen wird. Bis zum Wahlkampf leitete er als Konteradmiral die Führungsakademie der Bundeswehr, wo die Offiziersausbildung stattfindet. Tipps dafür, wie Schule funktionieren sollte, holte er sich letzte Woche bei der Hamburger Handelskammer, die für mehr Konkurrenz, Elite und Förderung von leistungsstarkem Nachwuchs eintritt.

Hierzulande aufgewachsene sogenannte Ausländer werden meist schlecht ausgebildet und sozial benachteiligt. Wer von Polizei und Justiz sanktioniert wird, muß laut Hamburger Koalitionsvertrag neben einer Verurteilung häufiger als bisher mit doppelter Bestrafung rechnen: „Ausreisepflichtige Ausländer werden konsequent abgeschoben." Aber entsprechend der unterschiedlichen sozialen Lage von MigrantInnen macht auch der neue Senat Angebote im Rahmen einer Multi-Kulti-Repression. Eine Chance zum Mitmachen für Einige, die Mittlere Reife oder Abitur haben: „Es werden vermehrt ausländische Bewerber sowohl bei der Polizei als auch bei den Angestellten im Polizeidienst eingestellt, um ihre Sprach- und Kulturkenntnisse für die Bekämpfung von Straftaten zu nutzen. Ziel ist eine Verstärkung der uniformierten Präsenz in vorwiegend von Zuwanderern bewohnten Gebieten." Multi-Kulti-Polizisten können dann Schlägereien in Dönerbuden schlichten oder den Abschiebescheid übersetzen. Aber kaum rassistische deutsche Diskobesitzer verhaften – sie sollen ja bei ihrer „Kultur" bleiben.

Eine Beschleunigung von staatlichem und gesellschaftlichem Rassismus hat es auch unter dem rotgrünen Senat gegeben. 2.000 Menschen wurden im letzten Jahr aus Hamburg abgeschoben. Das ist die höchste Zahl seit 1995. Nur das Bundesland Bayern schiebt Menschen so rigoros ab wie Hamburg unter Rotgrün. Der Hamburger Flüchtlingsfonds listete auf, wie sozialdemokratische Behörden die Abschiebungen durchführen liessen: „Überfallartige Festnahmen in Unterkünften in den frühen Morgenstunden; sofortiger Transport zum Flughafen, ohne dass Anwältinnen oder ÄrztInnen informiert wurden; Familien wurden auseinandergerissen, Familienangehörige in Abschiebehaft genommen.". Nicht umsonst hat Innensenator Schill etwa den bisherigen Leiter der hamburger Ausländerbehörde, Ralph Bornhöft, ausdrücklich für seine Arbeit gelobt. Bornhöft wird im Amt bleiben.

Wenn in Hamburg ein allgemeines Wahlrecht nicht nur für Deutsche gelten würde, sowie das kommunale Wahlrecht für die Bezirksversammlungen nicht nur für Deutsche und StaatsbürgerInnen anderer EU-Staaten, dann wäre die Wahl wohl anders ausgegangen: 260.000 HamburgerInnen durften nicht mitwählen, weil sie keinen deutschen Pass haben. Nur 30.000 wurden seit 1997 eingebürgert. Die Hamburger Ausländerbeauftragte, Ursula Neumann, hat im August 2001 eine Befragung durchgeführt unter 6.000 Migrantinnen über 16, die im Vorjahr eingebürgert wurden: 80 % der Befragten hatten vor, wählen zu gehen. Davon wollten 55, 4 % die SPD wählen, 8,7 % die Grünen/GAL. Und 8,5 % für die CDU, 2,1 % für die FDP. Die Schill-Partei schnitt schlecht ab: 1 % wollten sie wählen. Von den wahlberechtigten HamburgerInnen mit deutschem Pass gingen 850.311 am 23. September zur Wahl. Von denen wählten 36,5 % die SPD und 8,5 % die GAL. Die CDU schnitt unter den Deutschen mit 26,2 % wesentlich besser ab, ebenso die FDP mit 5, 1 % und die Schill-Partei – mit 19,4 %. Wer beide Ergebnisse anteilsmäßig zusammenrechnet, kann eine rechnerische Mehrheit für SPD und GAL feststellen. Dumm nur, dass SPD und GAL gar nicht offensiv das allgemeine Wahlrecht unabhängig von deutscher Staatsbürgerschaft propagieren. Im Gegenteil liessen sie die Ausländerbeauftragte Neumann alleine im Regen stehen, als das unvermeidliche Hamburger Abendblatt und die CDU sich über die von ihr verantwortete Befragung aufregten. Im Zeitungskommentar hiess es: „Aber die Zuwanderer danach zu fragen, welcher Spitzenkandidat oder welche Spitzenkandidatin für die Bürgerschaftswahl künftig mehr oder weniger Einfluß haben sollte, das geht nun doch etwas zu weit." Heinz Vahldieck, Innenpolitiker der CDU, protestierte umgehend gegen die Umfrage: „Den Stand der Integration zu erkunden ist vertretbar. Aber ich halte überhaupt nichts davon, die Parteipräferenzen zu erfragen."

Bei der Abschlußkundgebung der linksradikalen Demo gegen die Amtseinführung des neuen rechten Senates fragte ein Redner, ob die Demo denn auch so gut besucht wäre, wenn es gegen die erneute Amtseinführung des vorherigen Innensenators Olaf ‚Brechmittel' Scholz gegangen wäre: 3.000 Leute riefen ja. Im Demoaufruf hieß es: „Schill, CDU und FDP können mit ihrem Law-and-Order-Geschwätz an vielen Punkten da weitermachen, wo Rotgrün aufgehört hat. Scholz verkündete beispielsweise stolz: ‚In Hamburg wird effektiver abgeschoben als in Bayern!' Das wird sich Zukunft wohl kaum ändern. Gerade im Bereich der Flüchtlingspolitik wird der CDU/FDP/Schill-Senat die Rotgrüne Ex-Regierung in puncto Rassismus noch übertreffen ... Es gibt eine Alternative zu Rotgrün und ‚Bürgerblock'."

Zumal die Hamburger SPD wie die GAL nach der Wahlniederlage an der reaktionären Variante von Rotgrün nichts auszusetzen haben. Olaf Scholz ist nach der Bürgerschaftswahl von der Hamburger SPD wieder zum Landesvorsitzenden gewählt worden. Er mit seiner Law-And-Order-Politik in der SPD hoch angesehen: Am 20. November wurde er auf dem Nürnberger Bundesparteitag der SPD auch erstmals in den Bundesvorstand gewählt. Nächstes Jahr wird er wieder in Altona als Direktkandidat bei der Bundestagswahl am 22. September kandidieren.

Hoffentlich entwickelt sich gegen Scholz, Schill, von Beust, Lange und Co Protest, der über das linksradikale Milieu hinausgeht.

Gaston Kirsche (gruppe demontage)



Programm ROTE FLORA 12/2001 **www.roteflora.de**

Freitag 30.11.- Sonntag 02.12.	**GLOBAL ACTION - LOCAL CONGRESS**		Perspektiven linksradikaler Politik -Themen, Strategien, Aktionsformen Infos unter: www.aktionsinfo.de/congress
Sonntag 02.12.		17Uhr	**Cafe Niemandsland**:richtige Politik,Kekse,Krümel; 20Uhr Film: **Sonnenallee**
Montag 03.12.		21Uhr	**HC-Konzert**: Tragedy (usa-ex HisHerols Gone) + Zerroid (hh-ex Metalfist)
Dienstag 04.12.		18Uhr	**Dubcafe_Black Famous Sound**
Donnerstag 06.12.		21Uhr	**Konzert: Durango 95**
Freitag 07.12.		22Uhr	first floor:**Les-BiSchwuler Kellerclub** second floor: Tango sentimental - 22-23Uhr tanzeinführung mit felix feyerabend
Sonntag 09.12.		17Uhr	**Cafe Niemandsland**:Kaffe,Kuchen,Politix T-shirt drucken, T-shirts mitbringen!
Dienstag 11.12.		18Uhr	**Dubcafe_Inity Sound**
Donnerstag 13.12.		21Uhr	**HC-Konzert:Standstill (spanien)** intensiver Hardcore zwischen 400 years und At the drive-In
Samstag 15.12.		**21Uhr**	**espressiva präsentiert**: queercore mit flamingo massacres (Nürnberg) Rhythm King and her friends (Berlin) Kokoschka Heroine (Hamburg)
Sonntag 16.12.		17Uhr 20 Uhr	**Cafe Niemandsland**:Kuchen Kaffee politische Bildung Die politischen Auswirkungen des Anschlags vom 11.9. und die Welle der Repression
Dienstag 18.12.		18Uhr	**Dubcafe_Ital-Acoustic**
Freitag 21.12.		23Uhr	**Soliparty für die Antifa Harburg**-weed acoustic sound
Samstag 22.12.		22Uhr	**Florasoliparty**
Sonntag 23.12.		15Uhr	**Drumcircle-trommeln** für alle die lust haben
Montag 24.12.		23Uhr	**ITAL-ACOUSTIC Sound and Family - Reggae**
Dienstag 25.12.		18Uhr 21Uhr	**Dubcafe_weed acoustix** **Punk/HC-Konzert**: El Mariachi+Mad Minority
Mittwoch 26.12.		23Uhr	**Club der kulturell Verunsicherten**
Samstag 29.12.		22:30Uhr	**I-LIVITY SOUNDSYSTEM** with Julion on the controls, alongeside Jah B, Culture Japhet and Ras Seven
Sonntag 31.12.		21:30Uhr	**STEPINTOTWOTHOUSENDANDTWO-Party** auf 3 floors: Hall: Allesfliesst + Gäste Chicago House und Acid Techno; Basement:Drumburg und Gäste-Drum`N`Bass Top:Schill Out-Allesfliesst-Electronic Silence; Lights & Deko:Söhnke P.,Felix M. und AFS

regelmäßige termine:

Montag	ab 19Uhr	Kochsession veganes essen
Montag ab	17Uhr	offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen
Montag ab	18:30 Uhr	Fahrradselbsthilfe im Keller
Montag*Donnerstag	17-19Uhr	Archiv der sozialen Bewegungen Tel.433007
Dienstag	18-23Uhr	Dubcafe
Donnerstag14tägig	ab 19Uhr	Kochkollektiv veganes essen
1.Samstag im monat	ab 12Uhr	Frühstücksbuffet
Sonntag	ab 17Uhr	Cafe Niemandsland richtige Politik,echter Kaffee und fricher Kuchen
Sonntag ganztägig Studio F (fsk 93.0)	sendet	aus der Roten Flora

Ahoi-Programm im Dezember

Do., 29.11.	20.00	**20 Jahre Hafenstraße Sonderprogramm:** Der rote Donnerstagsklub- Spezial Musiktauschring, (alte, doppelte und überflüssige TonträgerInnen- Bäumchenwechseldich)
Sa., 1. 12	Ab 16.00 Party	**20 Jahre Hafenstraße Sonderprogramm:** Bescheidene Konfusionen Trippy Drop Sounds verschmilzt mit Altmeistern aus Rechlin: Styles of Trip Hop, Breakbeats, Trance & Goa Im beheizten Zelt: Ramba Zamba, von Ska über NDW bis Schmalz
So., 2.	Ab 16.00	**20 Jahre Hafenstraße Sonderprogramm:** Kommunicafe: Kaffee und Kuchen und Katerkurieren bei Musik Im beheizten Zelt: Ramba Zamba, von Ska über NDW bis Schmalz
Di., 4.	20.00	Kneipe Moves Holodeck.Vorführungen und herrliche Kabinettstückchen
Mi., 5.	20.00	Kneipe Disqualifiziert
Do., 6.	20.00	Der rote Donnerstagsklub: Onkel- Otto- Exilregierung
Sa., 8.	21.00	Party Audio Affairs - Drum & Bass and Opticals DJ Goodfella & Stasha/ live instruments, visuals by Moon
So., 9.	Ab 16.00	Kommunicafe:Kaffee und Kuchen und Katerkurieren mit Musik
Di., 11.	20.00	Kneipe Moves Holodeck: Vorführungen und herrliche Kabinettstückchen
Mi., 12.	20.00	Kneipe Beruhigende Musik
Do., 13.	20.00	Roter Donnerstagsklub: Einstand / threeword- dj-team
Sa., 15.	21.00	Party Beatz `n Rhymes Plattform, freie Stile
So., 16.	Ab 16.00	Kommunicafe: Kaffee und Kuchen
Di., 18.	20.00	Kneipe Moves Holodeck. Vorführungen und herrliche Kabinettstückchen
Mi., 19.	20.00	Kneipe Klaus und andere Katastrophen (Phobiker welcome)
Do., 20.	20.00	Roter Donnerstagsklub: Hinrichs Asi- Stübchen (Pop)
Fr., 21.	21.00	Party Satellite Sounds: Elektro, Drum und Bass.
So., 23.	Ab 16.00	Kommunicafe: Kaffee und Kuchen und Katerkurieren mit Musik
Mo., 24.	21.00	Kneipe Onkel Otto Exilregierung: Mit Knüppel und Kruste gegen das Heilige
Di., 25.	20.00	Kneipe Moves Holodeck. Vorführungen und herrliche Kabinettstückchen
Mi., 26.	20.00	Kneipe Beruhigende Musik
Do., 27.	20.00	Der rote Donnerstagsklub
Fr., 28./Sa., 29.	je21.00	Party
So., 30.	21.00	Kommunicafe: Kaffee und Kuchen und Katerkurieren mit Musik
Mo., 31.	22.00	**Die Sylvester Party zum Tanzen** (nicht: abzappeln) Media Kontrol (Hitparade) ab 1.00, sonst Indie, Black, Latin Neu, nur bei uns: DJ`s, die Wünsche erfüllen